

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1951**

9 (11.1.1951)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frey Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Donnerstag, den 11. Januar 1951

Nr. 9

Begnadigt die „Rotjacks“!

Münchener Weibsbischof interveniert erneut. München (UP). Der Münchener Weibsbischof, Neuhäuser, hat die amerikanische Hohe Kommission erneut gebeten, von der Vollstreckung weiterer Todesurteile an den Landsberger Häftlingen abzusehen. Amerikanische Erklärungen, wonach sich trotz mehrfacher gründlicher Überprüfungen der Urteile in vielen Fällen keine Revisionsmöglichkeit ergeben habe, hielt Dr. Neuhäuser entgegen, daß diese Überprüfungen sich im wesentlichen auf die vorliegenden Gerichtsakten gestützt hätten. Von der Möglichkeit ergänzender Vernehmungen sei kein Gebrauch gemacht worden. Auch habe man den Verurteilten keine neuen Verteidigungsmöglichkeiten eingeräumt. Auch der bekannte Verleger und Vorsitzende der „Jüdischen Gesellschaft für Menschenrechte“, Victor Gollancz, unterstützt in einem Brief an die „Londoner Times“ die Appelle, die Todesstrafe an den Kriegsverbrechern in Landsberg nicht zu vollstrecken.

Moch: „Viererkonferenz um jeden Preis“

Vierte französische Division nach Deutschland Paris (UP). Der französische Verteidigungsminister Moch erklärte, der Westen müsse um jeden Preis versuchen, die Sowjetunion an den Verhandlungstisch der Großen Vier zu bringen, um Zeit für seine eigene Aufrüstung zu gewinnen. Gleichzeitig gab Moch bekannt, daß eine vierte französische Division auf dem Wege nach Deutschland sei, um sich mit den dort stehenden drei Divisionen zu vereinigen. Zu diesen Streitkräften werde noch vor Ende des Jahres eine fünfte Division treten und fünf weitere Divisionen sollten Ende des Jahres für eine Mobilisierung innerhalb von drei Tagen bereitstehen. Ein amerikanischer Entwurf für die gemeinsame Antwort der drei Westmächte auf die sowjetische Note über die Abhaltung einer Vierer-Konferenz ist vom Pariser Außenministerium entgegengenommen worden. Der amerikanische Entwurf wird gegenwärtig von der französischen Regierung geprüft. Der Inhalt des amerikanischen Vorschlages ist nicht bekannt.

Die französische Regierung brachte ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, keine gegen General Eisenhower gerichtete Demonstration mehr zu dulden. Alle an den bisherigen Anti-Eisenhower-Kundgebungen beteiligten Ausländer sollen sofort ausgewiesen, Behördenangestellte entlassen werden. Gleichzeitig verurteilte das Kabinett die Entlassung des einzigen prokommunistischen Mitglieds des französischen Atomenergie-Ausschusses, Madame Joliot-Curie, Tochter des Radium-Entdeckers.

Hochverratsprozess gegen Bischöfe. Im Justizpalast von Freiburg begann ein Prozess gegen drei slowakische Bischöfe, die des Hochverrats und der Spionage angeklagt sind.

Bundestag debattiert über „Südweststaat“

Heltige Auseinandersetzungen zwischen CDU und FDP — Jugendwohlfahrtsgesetz in Vorbereitung

Bonn (UP). Bildung eines „Südweststaates“ oder Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg — diese Frage stand im Mittelpunkt der ersten Plenarsitzung des Bundestages im neuen Jahr und führte zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den beiden Regierungsparteien CDU und FDP. Beide Parteien hatten einen Gesetzentwurf über die Neugliederung des Südwestens Deutschlands vorgelegt und verschiedene Lösungen aufgeführt. Während die CDU die Wiederherstellung der alten Länder — oder als Alternativlösung die Bildung eines „Südweststaates“ — vorschlug, trat die FDP für die Schaffung des „Südweststaates“ — und als Alternativlösung für die Beibehaltung der jetzigen Länder — ein. Beide Gesetzentwürfe sehen eine Volksbefragung vor einer gesetzlichen Regelung vor.

CDU-Sprecher Hilbert warnte die FDP in scharfen Worten vor einer zentralistischen Regelung. Er wandte sich gegen die von „alliierten Zonenstrategien“ geschaffenen Länder im Südwesten und trat für die Wiederherstellung des Glaubens an „das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ein. Die FDP ließ durch ihren Vertreter, Ernst Mayer, vor allem die wirtschaftlichen und politischen Argumente betonen, die für einen Zusammenschluß der drei Länder sprechen. Auch die SPD befürwortete die Bildung des „Südweststaates“. Ihr Sprecher, Schöttle, regte an, die Landtagswahlen in den zwei betroffenen Ländern der französischen Zone so lange auszusetzen, bis eine endgültige Entscheidung über die gezielte Neuordnung gefallen sei.

Die Gesetzentwürfe wurden nach längerer Aussprache den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Bundesernährungsminister Niklas verdrachte der Landwirtschaft, daß die Liberalisierung unter Berücksichtigung der dringenden Versorgungsbedürfnisse alle Schädigungen der landwirtschaftlichen Erzeugung zu vermeiden bemüht sei.

Ein von KP-Sprecher Paul mit großem Stimmengewinn begründeter Entwurf eines Gesetzes über Sofortmaßnahmen für die schaffende, lernende und arbeitslose Jugend wurde von den übrigen Parteien als „propagandistisch“ abgelehnt. SPD-Abgeordnete, Schanzbach, die den KP-Antrag scharf kritisierte, bemängelte gleichzeitig, daß die Regierung erst mit dem Bundesjugendplan eine positive Maßnahme ergriffen habe. Bundesinnenminister Lehr begnügte dieser Kritik mit der Feststellung, daß die Bundesregierung neben der Bereitstellung von 53 Millionen für den Bundesjugendplan an der

Neufassung des ehemaligen Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes arbeite. Der Bundestag beschloß ferner, daß die Immunität des Abgeordneten Hedler weiterhin aufgehoben bleibt. Ein Antrag auf Aufhebung der Immunität der Abgeordneten Thiele (KPD) wurde nach einem „Hammelsprung“ abgelehnt.

Bundesrat will Lastenausgleich ändern

Der Sonderausschuß „Lastenausgleich“ beim Bundesrat hat einen Gegenentwurf zur Regierungsvorlage fertiggestellt, der noch in dieser Woche den Bundesrat beschäftigen wird. Für die Altersparität schlägt der Sonderausschuß zum Beispiel folgende Regelung vor: Bei einer Abwertung 1:10 soll die am 21. 6. 1948 erteilte D-Mark-Gutschrift verdoppelt werden, bei einer Abwertung auf 6,5 Prozent der ursprünglichen Reichsmark-Guthabens soll die D-Mark-Gutschrift um ein Fünftel des am 1. 1. 1949 vorhandenen Reichsmark-Betrages erhöht werden. Das Gutachten lehnt eine Vermögenssteuer als Beitrag zum Lastenausgleich sowie eine Hauszinsabgabe als Zuschlag zur Vermögens- oder Einkommensteuer oder in einer anderen Form ab. Der Sonderausschuß schlägt Befreiung von der Lastenausgleichskasse für „alle“ Berufsverbände vor, ferner für Wasserwerke, Energieversorgungs- und Verkehrsunternehmen, Häfen des öffentlichen Verkehrs und Wasserverkehrsunternehmen für die öffentliche Gesundheitspflege, ferner für Forst-, Laub- und Waldgenossenschaften und ähnliche Realgemeinden (Wassergenossenschaften z. B.).

Neben den Kapitalgesellschaften sollen auch Eigentümer von Aktien und sonstigen Anteilen zur Abgabe herangezogen werden, allerdings nur mit dem halben Wert ihrer Anteile und sofern diese am 31. 12. 1948 an der Börse gehandelt wurden. Für die Sonderabgabe vom Vorratsvermögen schlagen die Bundesratsmitglieder die Heranziehung der D-Mark-Eröffnungsbilanzen und einen einheitlichen Abgabesatz von fünf Prozent vor.

Die Vergütungen des Sozialhilfegesetzes sollen im Hinblick auf die Preisentwicklung nach der Währungsreform wegfallen. Nicht gewerbliches Sondervermögen jedoch soll als offizielles Hortungsvermögen nach wie vor mit 15 Prozent belastet werden.

Um den Schumanplan

In einer umfangreichen Denkschrift befragt das Bundeswirtschaftsministerium erneut die sogenannte „Verbundwirtschaft“ zwischen Kohle und Stahl im Ruhrgebiet, die von Frankreich bei den Schumanplanverhandlungen bisher abgelehnt wurde. Der Stellvertreter des französischen Planungskommissars Monnet, Hirsch, ist zu letzten Besprechungen über den Schumanplan mit Staatssekretär Hallstein in Bonn eingetroffen. In Konferenzen, an denen auch Vertreter des niederländischen Außenministeriums teilnahmen, sollen noch bestehende Unklarheiten beseitigt werden. In der kommenden Woche wird der Redaktionsausschuß der Schumanplan-Konferenz in Paris zusammentreten, um das Vertragswerk endgültig zu formulieren.

Warum schwieg Tschuikow?

Die westdeutsche Antwort auf die Grotwohl-Vorschläge wird so verlautet aus Bonner Kreisen, in erster Linie auf der Frage basieren: warum antwortete der sowjetische General Tschuikow bis heute nicht auf das sowohl im März wie im September 1950 erfolgte Ersuchen der Bundesregierung, freie Wahlen in der Ostzone zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zuzulassen? Wie weiter verlautet, wird Bonn die Vorschläge Grotwohls nicht mehr in dieser Woche beantworten, da über den Entwurf einer Antwort und die Form ihrer Übermittlung noch keine endgültige Einigung erzielt werden konnte.

Konferenz beim Kanzler

Bundeskanzler Adenauer hat die Vorstandsmitglieder der Regierungsparteien für Freitag zu einer Aussprache über politische Tagesfragen nach Bonn eingeladen. Dabei sollen vor allem solche Maßnahmen besprochen werden, die zu einer weiteren Stärkung der Koalition in Bonn führen könnten.

Die für Wochenende geplanten deutsch-alliierten Besprechungen über die Revision des Besatzungsstatutes und die allgemeine Lage zwischen dem Bundeskanzler und den Hohen Kommissaren ist auf Wunsch beider Gesprächspartner auf die kommende Woche verschoben worden.

Schäffer bleibt dabei

„Ich werde nicht auf die Mineralsteuer verzichten, schließlich macht sie pro Liter nur eine Erhöhung von ganzen vier Pfennigen aus“, erklärte Bundesfinanzminister Schäffer einem UP-Vertreter. „Ausgeschlossen für meine Haltung ist aber, daß wir unter keinen Umständen der breiten Masse der Steuerzahler zusätzliche Befreiungen zugunsten einer kleinen Interessengruppe zumuten dürfen.“ Schäffer ist aber überzeugt, daß die Gegner der neuen Steuer auch noch ein Einsehen haben werden.

Koreanische Tragödie

Von UP-Korrespondent Charles Moore
Tokio

Die größten Opfer des Korea-Krieges wurden vom koreanischen Volk selbst gefordert. Und es erhebt sich die entscheidende Frage: wie lange wird dieses Volk diese Opfer noch auf sich nehmen können?

Zerstörung, Blutvergießen, Hunger, Mangel an Bekleidung und Kinder ohne Elternhaus — das sind die Folgen, die die Welle des Krieges über Korea brachte, jene Welle, die sich zuerst nach Süden, dann nach Norden und nun erneut nach Süden ergoß. Tausende und Abertausende von Koreanern haben auf Grund der Zerstörung ihrer Betriebe jede Existenzmöglichkeit eingebüßt. Familien mit Kindern wurden zu heimatlosen und hungernden Wanderern.

Dabei muß ein Faktor berücksichtigt werden: den größten Teil der Zerstörung verursachten die amerikanischen Streitkräfte. Sicherlich lag ihnen eine militärische Notwendigkeit zugrunde. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Zerstörung von amerikanischer Seite ausging, und diese Tatsache ist geeignet, zu einer mächtigen Propagandawaffe in der Hand der Kommunisten zu werden.

Die Kommunisten sind in der Lage, die Behauptung aufzustellen — und dabei nicht einmal direkt gegen die Wahrheit zu verstoßen — daß nicht sie es waren, die die Ortschaften und Städte Koreas zerstörten. Die Streitkräfte der Vereinten Nationen fanden es notwendig, Bombardierungen, Beschleudigungen, Sprengungen und Brände gegen viele nordkoreanische Städte anzuwenden und den größten Teil der nordkoreanischen Industrie zu zerstören.

Die chinesischen Kommunisten haben es vermieden, Vernichtungsangriffe auf Städte und Dörfer in Korea durchzuführen. Sie haben die Truppen der Vereinten Nationen zum Rückzug genötigt und, indem sie dies taten, diese Truppen gleichzeitig gezwungen, alles das zu zerstören, was den Kommunisten hätte nützlich sein können.

Dazu kommt, daß die chinesischen und nordkoreanischen Streitkräfte ihre Truppen fast immer nur in Städten und Dörfern zusammenzogen, so daß die alliierten Flieger und Erdtruppen gezwungen waren, diese Orte zu beschließen, um die kommunistischen Truppen daraus zu vertreiben. Dabei ließ es sich nicht vermeiden, daß irrtümliche Beschleudigungen stattfanden und daß auch unschuldige Menschen Verletzungen davontrugen.

Falls die Streitkräfte der Vereinten Nationen noch einmal nach Norden vorstoßen sollten, wird es ihnen nicht leicht fallen, die Koreaner, vor allem die Nordkoreaner, davon zu überzeugen, daß sie als Freunde kommen. Die Truppen der Vereinten Nationen taten für die Nordkoreaner ihr Bestes. Sie brachten mehr als hunderttausend von ihnen nach dem Süden, als sie Hungnam räumten. Sie konnten aber nicht jedermann mitnehmen.

Und als die Alliierten Hagaru und Kotari räumten, mußten sie alles zerstören, was sie nicht mitnehmen konnten, weil ihnen die Kommunisten dicht auf den Fersen waren. Als sich große Flüchtlingszüge den Truppen der Vereinten Nationen anschlossen, mußten die Marineinfanteristen in Nordostkorea zum Schutze ihrer eigenen Rückzugsoperationen Posten aufstellen, um diese Flüchtlinge daran zu hindern, daß sie die militärischen Rückzugstraßen blockierten.

Nun geht der Rückzug in großem Ausmaß südlich von Seoul und in Zentralkorea weiter. Die Kinder begreifen nicht, was geschieht, sie gehen oft verloren und sterben dann jämmerlich an den Folgen der Kälte und des Hungers. Von allen Koreanern waren die Kinder den Truppen der Vereinten Nationen am freudlichsten entgegengelaufen. Sie waren in jeder Weise hilfsbereit und waren immer da, wenn es galt, reine zu machen, Wasser zu holen oder Feuerholz zu sammeln.

Die Truppen der Vereinten Nationen konnten nur wenig tun, um ihnen diese Freundlichkeit zu ergetten.

Ehrenburg darf nicht in die Schweiz. Die Schweizer Behörden haben abgelehnt, dem sowjetischen Schriftsteller Ilya Ehrenburg ein Einreisevisum zur Teilnahme an einer Sitzung des Exekutiv Ausschusses des Weltfriedenskongresses auszustellen.

Adenauer dankt USA und England. Bundeskanzler Adenauer hat den Regierungen der USA und Englands für die Haltung gedankt, die die Vertreter der beiden Länder bei der Behandlung der Kriegsgefangenenfragen vor der UN eingenommen haben.

Davies besucht Deutschland. Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten im britischen Außenministerium, Ernest Davies, wird vom 13. bis 31. Januar Westdeutschland besuchen.

Freiwillige oder „Stellungsbefehl“?

Alliierte Fragen an die deutsche Delegation

Frankfurt (UP). Die Frage nach der Zusammensetzung künftiger westdeutscher Einheiten innerhalb der atlantischen Streitkräfte unter dem Oberbefehl General Eisenhowers stand — wie United Press erfährt — im Mittelpunkt der ersten deutsch-alliierten Militärgespräche. Die Vertreter der USA, Frankreichs und Großbritanniens in der deutsch-alliierten Militärratskommission fragten die Bonner Beauftragten, ob die Aufstellung westdeutscher Kontingente auf freiwilliger Basis oder durch Einberufung erfolgen würde.

Die deutschen Delegierten ließen — nach den ersten Informationen über den Inhalt der streng vertraulichen Gespräche — diese Frage zunächst unbeantwortet. Sie sagten eine Stellungnahme für den 16. Januar zu, wenn der deutsch-alliierte Militärausschuß zum zweiten Male zusammentritt.

Die sieben alliierten Generale und Politiker haben den fünf deutschen Delegierten — darunter den früheren Generalen Speidel und Heusinger — weiterhin folgende Fragen gestellt:

1. Welche administrativen Voraussetzungen müssen in der Bundesrepublik für die Schaffung einer Verteidigungsmacht geschaffen werden? Welchen Organisationstyp und welchen Umfang würde diese Verwaltungsbehörde erhalten? Der Name „Verteidigungsministerium“ ist bei den Verhandlungen in diesem Zusammenhang nicht gefallen.

2. Welche Kosten würde die Aufstellung deutscher Einheiten verursachen und welche Auswirkungen würde die Wiederbewaffnung Westdeutschlands auf die Wirtschaft zeitigen? Auch auf diese Fragen sicherten die deutschen Delegierten eine Antwort bis zum kommenden Dienstag zu. Die Konferenz erörterte ferner die Möglichkeiten für die Bildung einer Luftabwehr, diskutierte Sicherheitsvorkehrungen in wichtigen westdeutschen Häfen und untersuchte die Notwendigkeit des zivilen Luftschutzes, die auch schon im Bundesinnenministerium geprüft wird.

Zahlreiche deutsche Fragen an die alliierten Generale blieben aus „Sicherheitsgründen“ unbeantwortet. Die Bonner Delegation wollte

— Erste Einzelheiten über die Militärgespräche

unter anderem wissen, wie viele Soldaten die Bundesrepublik aufstellen müssen und welche strategischen Vorstellungen der Westen über die Verteidigung Westdeutschlands habe. Die alliierten Generale wiesen darauf hin, daß die verlangten Informationen noch „geheime Kommandosache“ seien.

In politischen Kreisen wird bezweifelt, ob die deutsche Delegation, die unter Führung des CDU-Abgeordneten Bank steht, schon am Dienstag alle Fragen befriedigend beantwortet kann. Vor allem die Fragen hinsichtlich freiwilliger oder „einberufener“ Kontingente scheine längere Untersuchungen notwendig zu machen.

„Niemand darf...“

Der Rechtsausschuß des Bundestages hat bei der Beratung über die Frage der Kriegsdienstverweigerung einen Antrag der SPD und des Zentrums angenommen, noch in der kommenden Woche eine entsprechende Vorlage vor das Plenum des Bundestages zu bringen. Regierung und Koalitionsparteien vertreten dabei die Auffassung, daß eine derartige Vorlage nur gleichzeitig mit der Vorlage zu einem Wehrgesetz eingebracht werden könne.

Die Antragsteller der Opposition wiesen darauf hin, daß Artikel 4 des Grundgesetzes eindeutig feststelle: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Auf diesen letzten Satz berufen sich die Antragsteller bei ihrem Schritt.

Offiziell übermittelt

Der amerikanische Außenminister Acheson hat, wie im Zusammenhang mit der Romilitarisierungsfrage aus Washington berichtet wird, auf einer Pressekonferenz erklärt, die Westmächte hätten ihren Aufrüstungsplan für die Bundesrepublik der Regierung in Bonn schon offiziell übermittelt. Die Unterredungen zwischen deutschen und alliierten militärischen Sachverständigen, die zur Zeit in Deutschland stattfinden, dienen zur Erörterung dieser Pläne.

Eisenhower in Amsterdam
Vorgeschobenes Hauptquartier in Frankfurt?
 Amsterdam (UP). General Eisenhower traf aus Brüssel kommend auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol ein, wo er von Vertretern der niederländischen Regierung und der Streitkräfte begrüßt wurde.

Vor seiner Abreise aus Brüssel hatte der General Besprechungen mit dem belgischen Ministerpräsidenten Pholien, dem belgischen Außenminister van Zeeand und dem Verteidigungsminister de Greef.

Sein vorgesehener Besuch bei Prinz Baudouin wurde in letzter Minute abgesagt, da der Prinz wie zwei Millionen seiner Landsleute mit Grippe im Bett liegt.

Eine Gruppe von Offizieren aus dem Stabe Eisenhowers wird, wie aus amerikanischen Kreisen Frankfurts verlautet, Anfang kommender Woche in der Bundesrepublik eintreffen, um die Unterbringung eines vorgeschobenen Hauptquartiers der Atlantikpakt-Armee in einigen Städten der Bundesrepublik zu erwägen. Vor allem dürfte die Kommission die Möglichkeiten in der Stadt Frankfurt überprüfen, da der augenblickliche Sitz des amerikanischen Hohen Kommissars im IG-Hochhaus Mitte dieses Jahres durch den geplanten Umzug von HICOG nach Bonn allmählich frei werden dürfte.

Schacht dementiert Abs
 Hamburg (UP). Dr. Hjalmar Schacht gab unserem UP-Korrespondenten gegenüber die Erklärung ab, daß die Angabe des Direktors der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Hermann Abs, daß er, Schacht, als Finanzberater Kaiser Haile Selassies in Abessinien weile, nicht stimme. An dieser Behauptung sei „kein laieses Wort wahr“. Dr. Schacht hält sich zur Zeit in Bleckede/Elbe auf.

Große Lagerhalle in Flammen
 Bis unter das Dach mit Lumpenballen belegt
 Bremen (UP). Fast die gesamte Bremer Feuerwehr mußte zur Bekämpfung eines Großfeuers ausrücken, das in der 1800 qm großen Halle einer Rohproduktenhandlung ausgebrochen war. Als die Feuerwehr an der Brandstelle eintraf, stand die mit 300 Wagen Lumpenballen bis unter das Dach vollgestopfte riesige Halle in hellen Flammen. Ungeduldige Wasserzufuhr erschwerte die Brandbekämpfung. Erst nach drei Stunden konnte die Gewalt des Feuers gebrochen werden, jedoch wird die vollkommene Löschung des Lagers die Feuerwehr noch mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Von einstürzendem Haus erschlagen
 Vater und zwei Kinder tödlich verunglückt
 Berlin (UP). Ein Vater und seine zwei Kinder fanden den Tod, als im Stadtinnern Erfurts auf der „Großen Arche“ nachts ein bombengeschädigtes Haus einstürzte und die darin wohnende fünfköpfige Familie begrub. Die Mutter der Kinder und die auf Besuch weilende Großmutter erlitten schwere Kopfverletzungen.

„Politisch verfolgt“ oder „kriminell“?
 Buchenwalder Lagerkartell taucht auf
 Augsburg (UP). Im Ise-Koch-Prozess ergaben sich überraschende neue Momente, als der 73jährige Dr. Cieplowski, ein Angestellter der internationalen Suchbehörde der I. R. O., Aussagen über die von den Amerikanern im Jahre 1945 erbeutete — Lagerkartell machte. Aus der Darstellung des Zeugen ging hervor, daß noch 200 000 Personalkarten vorhanden sind.

Der Zeuge legte dem Gericht die Häftlingskartell-Karten der Zeugen vor, die im Ise-Koch-Prozess ausgesetzt haben. Dabei ergab sich, daß die Kartell nicht hundertprozentig stichhaltig ist. Zum Beispiel wies die Karte die des ehemaligen Häftlings Beiner aus Frankfurt, der jetzt erst vor Gericht ausgesagt hat, ein Todesdatum aus dem Jahre 1945 auf. Andererseits konnte das Gericht durch Stichproben an Hand der Fotokopien feststellen, daß ein Zeuge, der vor Gericht als ehemaliger „politischer Häftling“ auftrat, in der Karte als „Berufsverbrecher“ eingetragen war.

Der Vorsitzende erklärte im Anschluß an diese Aussagen, das Gericht stelle „mit Befremden“ fest, daß diese außerordentlich wichtigen Beweismittel von der Staatsanwaltschaft dem Gericht bisher vorenthalten worden seien. Der Vorsitzende setzte nach dieser Feststellung die Verhandlung für einige Stunden aus, zog sich mit dem Gericht zurück und überprüfte an Hand des Protokolls und der nun vorliegenden Karte sämtliche 250 Zeugenaussagen des Prozesses.

Bei der Überprüfung wurde festgestellt, daß die Zeugenaussagen bezüglich der Personalangaben zu 95 Prozent richtig sind. Einige Zeugen haben sich als „politisch verfolgt“ ausgegeben. In Wirklichkeit waren sie aber, wie aus der Karte hervorgeht, „kriminelle Berufsverbrecher“. Das Gericht stellte der Staatsanwaltschaft anheim, gegebenenfalls Meinungsverschiedenheiten einzuleiten.

Todesurteile aufgehoben
 Revisionsverfahren vor Marsellier Gericht
 Marsellier (UP). Gegen neun ehemalige Angehörige der deutschen Wehrmacht und der Gestapo, die von einem Militärgericht in Lyon vor einem Jahr wegen begangener Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt worden waren, ist in Marsellier ein Revisionsverfahren eröffnet worden, nachdem die Todesurteile von oberster französischer Stelle rückgängig gemacht wurden. Allen Angeklagten wird vorgeworfen, Kriegsverbrechen gegen die französische Zivilbevölkerung, darunter Mord, Raub und Deportation, begangen zu haben. Die Angeklagten werden von fünf französischen Rechtsanwälten sowie dem Kasseler Rechtsanwalt Dr. König verteidigt.

Bevin: „China gehört in die UN“

Großbritannien gegen US-Vorschlag einer Brandmarkung der Peiping-Regierung

C. Th. London. Großbritannien opponierte, wie aus maßgebenden Londoner Kreisen verlautet, gegen den Vorschlag der Vereinigten Staaten, das kommunistische China als Aggressor zu brandmarken und denkt gar nicht daran, die Anerkennung der Regierung in Peiping rückgängig zu machen. Derartige Maßnahmen würden, so wird betont, unter Umständen die Türe für zukünftige Verhandlungen mit China für alle Zeit zuschlagen und zu einem Krieg mit weitestehenden Auswirkungen führen.

In maßgebenden Kreisen wird weiter erklärt, daß die Sowjetunion, nach zuverlässigen Informationen, nicht den Wunsch hege, es jetzt in Europa zu einem Krieg kommen zu lassen. Eine Ausweitung des Korea-Konfliktes im Fernen Osten könne jedoch geeignet sein, die Haltung der Sowjetunion Europa gegenüber entscheidend zu ändern.

Der britische Außenminister Bevin äußerte vor den Ministerpräsidenten des Commonwealth die Ansicht, daß die kommunistische Regierung Chinas diplomatisch anerkannt und in die Vereinten Nationen aufgenommen werden sollte. Dieses werde dann die Basis für eine Einstellung der Kampfhandlungen in Korea und die Lösung der Probleme des Fernen Ostens darstellen.

Von informierter Seite verlautet dazu, daß Bevin der Konferenz eine „Arbeitsunterlage“ unterbreitet habe, die sich in sechs Hauptpunkte gliedert:

1. „Das kommunistische China muß diplomatisch anerkannt und in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen werden.“
2. Wenn das geschehen ist, müssen Verhandlungen über die Einstellung der Kampfhandlungen in Korea beginnen.“
3. In Korea muß eine Sicherheitszone geschaffen werden.“
4. Von den Vereinten Nationen ist eine Kommission zu bilden, die sich nach Einstellung der Feindseligkeiten des Korea-Problems annimmt.“
5. Alle Streitkräfte der Vereinten Nationen und der Kommunisten sind nach und nach aus Korea zurückzuziehen.“
6. Über die Vereinigung Nord- und Südkorea wird die Entscheidung durch eine freie und unparteiliche Volksabstimmung herbeigeführt.“

Informierte Kreise betonen, daß der von Bevin vorgelegte Plan nur eine „Arbeitsunterlage“ darstelle und nicht als festgesetzte britische Politik zu bewerten sei. Die Commonwealth-Konferenz soll entscheiden haben, die Diskussion über diesen Punkt so lange zurückzustellen, bis die Frage vor den Vereinten Nationen (am Donnerstag) verhandelt werden sei.

Die Ministerpräsidenten des Commonwealth stimmten — wie weiter verlautet — darin überein, daß die drei Westmächte Verhandlungen mit der Sowjetunion aufnehmen sollten unter der Voraussetzung, daß es sich bei einer Viermächte-Konferenz nicht um Zeitverschwendung handele. Alle Ministerpräsidenten waren der Ansicht, daß die Verhandlungen nicht unter Druck erfolgen dürften und daß der beste Weg zum Frieden über eine Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft führe.

Die USA dagegen...

Warren Austin, der amerikanische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen erklärte, wie aus Washington verlautet, daß die Vereinigten Staaten zwar nicht die Absicht hätten, das chinesische Festland anzugreifen, jedoch entschlossen seien, an den Prinzipien festzuhalten, auf Grund deren sie im Juni vergangenen Jahres ihre Truppen nach Korea geschickt hätten. Austin legte in diesem Zusammenhang ein Vier-Punkte-Programm zur Beilegung der Korea-Krise vor:

1. „Beschuß der Vereinten Nationen, Peking als Aggressor zu brandmarken.“
2. Rückzug der chinesischen Kommunisten aus Korea bei gleichzeitiger Aufforderung an alle Mitglieder der Vereinten Nationen, von jeder Unterstützung des Aggressors Abstand zu nehmen.“
3. Appell an alle Mitgliedstaaten, jede von den Vereinten Nationen beschlossene Aktion nach besten Kräften zu unterstützen.“
4. Erwägung von Kollektivmaßnahmen gegen die bestehende Aggression und von Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Aggressionen.“

Außenminister Acheson erklärte zum Problem Korea, die Vereinten Nationen würden an Ansehen einbüßen, wenn sie nicht die Chinesen als Angreifer in Korea erklärten. Das Prestige der UN stünde zwar nicht direkt auf dem Spiel, jedoch werde das Ansehen dieser Organisation mit jedem von ihr behandelten und nicht gelösten Problem vermindert.

Vertreter des amerikanischen Verteidigungsministeriums äußerten, die Regierung plane, zur Verstärkung der westeuropäischen Verteidigung 6-10 Armee divisionen nach Übersee zu entsenden. Verteidigungsminister Marshall legte dem Kongreß einen Antrag vor, nach dem die Militärdienstpflicht für alle 18jährigen auf die Dauer von 27 Monaten vorgesehen ist.

Gegenstoß nach Wonschu gescheitert

Ins Stadtinnere vorgestoßene US-Truppen zurückgeworfen — Adäe Armee bezog neue Stellungen

Tokio. Von Panzern unterstützte Einheiten der 2. amerikanischen Infanteriedivision hatten sich während eines starken Schneesturmes im Gegenangriff bis ins Stadtinnere des verlorengegangenen bedeutenden zentral-koreanischen Verkehrsknotenpunktes Wonschu vorgearbeitet. Die amerikanischen Verbände, die in diesem Frontabschnitt mit ihren Gegenangriffen versuchten, die Kommunisten daran zu hindern, daß sie der weiter westlich stehenden 8. amerikanischen Armee den Rückzug verlegen, konnten sich jedoch nicht halten und mußten Wonschu wieder räumen.

In Wonschu selbst stehen gegenwärtig schätzungsweise 40 000 Kommunisten, mit denen sich jeden Augenblick mindestens weitere 10 000 Soldaten vereinigen werden, die sich, vom Norden kommend, im Anmarsch auf die Stadt befinden. Im Osten, Süden und Westen von Wonschu hält trotz des Schneesturmes das von beiden Seiten mit großer Bitterkeit durchgeführte Gefecht weiter an. Kommunistischen Panzerspitzen ist es nach den letzten Berichten in der Zwischenzeit gelungen, einen etwa 50 Kilometer südlich von Wonschu liegenden Punkt zu erreichen.

Im Übrigen hat es den Anschein, daß die 8. Armee wenigstens vorübergehend den Rückzug eingestellt und neue feste Stellungen bezogen hat. Nach Aufklärungsberichten stehen ihr 26 kommunistische Divisionen mit einer Gesamtstärke von über 250 000 Mann gegenüber, die abscheinend eine neue Offensive vorbereiten. Ein Sprecher der 8. Armee gab bekannt, daß sich die kommunistischen Angriffsspitzen bis zehn Kilometer nördlich von Anson, 25 Kilometer südöstlich von Osan und 60 Kilometer südlich von Seoul vorgearbeitet hätten.

Sechs Gefangene entlassen

Die nordkoreanischen Kommunisten ließen sechs amerikanischen Soldaten frei, die am 3. Januar gefangen genommen worden waren. In der Gefangenschaft, so erzählte einer der Freigelassenen, habe man alle Amerikaner zu überzeugen versucht, daß die nordkoreanischen Kommunisten ausgesprochen friedliebend seien und weiter nichts wollten, als daß die amerikanischen Soldaten nach Hause gingen und die Koreaner ihrem eigenen Schicksal überließen. Vor der Entlassung versicherte ihnen ein englisch sprechender Offizier, daß die Kommunisten Freunde aller Amerikaner seien.

Nationalchinesen gegen Vietnam?

Französische Überinkunft mit Formosa
 Hongkong (UP). Nach einem Bericht aus Formosa, sollen die Nationalchinesen mit den Franzosen eine Vereinbarung über die Verwendung von 30 000 intermierter nationalchinesischer Soldaten im Kampf gegen die Vietnam-gefallen haben. Diese nationalchinesischen Soldaten waren bis Ende des kommunistischen Stoßes nach Süchina über die indochinesische Grenze geflohen und auf einer Insel vor der Küste Indochinas länger als ein Jahr interniert worden.

Die argentinische Regierung hat einen Vertrag der „Yacimientos Petroliferos Fiscales“ mit deutschen Firmen gebilligt, auf Grund dessen Westdeutschland Rohrleitungen für die argentinischen Ölfelder gegen Fleisch aus Argentinien liefern wird.

Der Versuch des Berliner Bundesbevollmächtigten Dr. Vöckel, die drei großen Parteien Westberlins vor der Wahl des regierenden Bürgermeisters zu neuen Verhandlungen über eine große Koalition zusammenzuführen, ist gescheitert.

Die Ruhrbehörde tagt. Der Rat der internationalen Ruhrbehörde ist in Düsseldorf zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr zusammengetreten. An der Zusammenkunft nahm auch Vizekanzler Franz Blücher teil.

Vertrauen für Zinn. Der hessische Landtag sprach der neugebildeten hessischen Regierung mit 44-11 Stimmen bei 20 Stimmenthalten das Vertrauen aus.

Feilenhansel „gründet“ weiter. Die Gründung einer „gesamtdeutschen Friedens- und Wiedervereinigungsbewegung“, gab der ehemalige Vorsitzende der „Vaterländischen Union“, Karl Feilenhansel in München bekannt.

Die argentinische Regierung hat einen Vertrag der „Yacimientos Petroliferos Fiscales“ mit deutschen Firmen gebilligt, auf Grund dessen Westdeutschland Rohrleitungen für die argentinischen Ölfelder gegen Fleisch aus Argentinien liefern wird.



Neues für den Briefmarkensammler
 Das Bundespostministerium kündigte für die nächste Zeit die Herausgabe neuer Briefmarken an, die die jetzt pflügenden später ganz ablesen sollen (oben). Das Motiv ist bei allen Werten gleichartig und zeigt auf farbigem Hintergrund im ovalen Feld Wertziffer und Posthorn.

Sinclair Lewis

Der berühmte amerikanische Schriftsteller und Nobelpreisträger Sinclair Lewis ist im Alter von 66 Jahren in einer Klinik in Rom an einem Herzanfall gestorben.

Sinclair Lewis, der erste Amerikaner, der den Nobelpreis für Literatur erhielt, wurde am 7. Februar 1895 in Sauk Centre im Staate Minnesota geboren. Sein Vater war Landarzt. Als Sinclair Lewis an der Yale Universität studierte, verkaufte er seine ersten kleinen Gedichte an zweitklassige Zeitschriften. Während der Sommerferien begann er einen Roman, der viele Jahre später unter dem Titel „Die Hauptstraße“ erschien.

Der schlanke, sommersprossige und rot-haarige Lewis war von unruhigem Temperament. Er beschloß, statt seine Studien fortzusetzen, lieber zu reisen. Nach einem Jahr in Yale verließ er die Universität und verdingte sich auf einem Schiff, das nach Liverpool brachte. Später arbeitete er als Zeitungsreporter in San Francisco und versuchte sich in einer New Yorker Mietskasernen als freier Schriftsteller durchzuschlagen. Da dies nicht gelang, kehrte er nach Yale zurück, wo er 1908 promovierte. Er wurde dann Reakteur und Reklamefachmann für zwei New Yorker Verleger.

Im Jahre 1918 borgte Lewis 500 Dollar von seinem Vater und mietete ein altes möbliertes Haus in Minneapolis, wo er sich nur noch dem Schreiben widmete. Die Vollendung des Romans „Die Hauptstraße“ war das erste Ergebnis. Das Werk erschien als erster von vier großen Romanen, die sich mit dem amerikanischen Mittelstand befassen. Die anderen waren „Babbitt“, „Arrowmith“ und „Elmer Gantry“.

Die Jahre zwischen 1920 bis 1932 waren Sinclair Lewis' fruchtbarste Zeit als Schriftsteller. Er schrieb in dieser Zeit auch die bekannten Romane „Sam Dodsworth“ und „Mantrap“. Im Jahre 1935, als man bereits glaubte, er habe sich ausgeschrieben, veröffentlichte er den Roman „It can't happen here“ (Hier kann das nicht vorkommen), in dem er sich mit dem Faschismus auseinandersetzte. Der Roman wurde später als Theaterstück aufgeführt.

Lewis wandte sich dann dem Theater zu. Er schrieb einige Stücke und trat auch als Schauspieler auf, ohne viel Erfolg zu haben. Sein im Jahre 1943 veröffentlichter Roman „Cass Timberlane“ brachte ihm eine halbe Million Dollar ein. Im Jahre 1947, im Alter von 52 Jahren, erschien der Roman „Kingblood royal“, der sich mit dem Negerproblem befaßt.

Wirtschafts-Nachrichten

Keine Lebensmittel- oder Kleiderkarten

Zu den Besprechungen zwischen dem Leiter der ECA-Sondermission für Westdeutschland, Jean Cattier und Vizekanzler Blücher, sowie Bundeswirtschaftsminister Erhard wird in Bonn bekannt, daß die Vereinigten Staaten grundsätzlich bereit seien, für eine ausreichende Belieferung der Bundesrepublik mit Lebensmitteln und Textilien zu sorgen. In diesem Zusammenhang wurde von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß mit einer Ausgabe von Lebensmittel- oder Kleiderkarten unter keinen Umständen zu rechnen sei.

Auf dem Wege zur gelenkten Wirtschaft?

Die privatwirtschaftliche Zentralstelle für die Mineralölindustrie, das Zentralbüro für Mineralöl (ZB), wird nunmehr, wie aus Bonn verlautet, endgültig aufgelöst werden. In politischen Kreisen wird die Auflösung dieser privatwirtschaftlichen Institution als ein möglicher Auftakt zur „gelenkten Wirtschaft“ bezeichnet und in Zusammenhang gebracht mit dem Entwurf eines „Wirtschaftsicherungsgesetzes“, das der Bundestag in Kürze verabschieden will. Wie in diesem Zusammenhang weiter verlautet, sollen auch bei der Kohlenversorgung neue Wege beschritten werden. Die Länder hatten kürzlich gegen die Verteilung der Kohle über private Stellen (Kohlekontore) Protest erhoben. Sachverständige in Bonn erklärten außerdem, daß die Verteilung anderer wichtiger Rohstoffe neu geregelt werden müsse.

Gefrier-Voll bei Polen

Der interministerielle Einfuhr-Ausschuß der Bundesrepublik hat Einfuhren im Werte von 250 000 Dollar ausgeschrieben. Es handelt sich dabei um Gefrier-Voll bei Polen im Werte von 200 000 Dollar sowie Schaf- und Schweinefarme aus Ungarn im Werte von 50 000 Dollar.

Pforzheim will Brotpreise erhöhen

Die Pforzheimer Bäckereiunion beschließt, die Brotpreise zu erhöhen und sie damit „den Preisen in anderen Städten anzugleichen“. Der Preis für einen Leib Brot soll künftig um vier Pfennige höher liegen. Der Preis für Konsumbrot soll unverändert bleiben.

Bodenreform in Würt.-Baden abgeschlossen

Württemberg-Baden hat mit Abschluß des Jahres 1950 als erstes Land im Bundesgebiet die Bodenreform im wesentlichen abgeschlossen. Von 79 Grundbesitzern in Württemberg-Baden sind insgesamt 11 637 Hektar Land abgegeben worden. Durch die Bodenreform wurden 117 Bauernhöfe neu geschaffen und bis auf zwei an Heimatvertriebene vergeben. Ferner konnten durch die Landabgaben 2450 Nebenerwerbssiedlungen errichtet werden, die zu 70 Prozent Heimatvertriebenen zugute kommen sind. Von den 11 637 Hektar enteigneten Landes konnte nur die Hälfte neu besiedelt werden. 6000 Hektar dieses Landes mußten Kleinbauern, die von den abgabepflichtigen Grundbesitzern Land gepachtet hatten, belassen werden. Nur sechs von ursprünglich 57 Grundbesitzern haben ihren Einspruch gegen die Enteignung aufrechterhalten. Nach Ansicht des Landesiedlungsausschusses haben jedoch diese sechs Grundbesitzer keine Aussicht, ihren beim Verwaltungsgerichtshof angestrengten Prozeß zu gewinnen. Den größten Landbesitz hatte Herzog Philipp Albrecht von Württemberg, dem nach der Enteignung 600 Hektar seines ursprünglich 3000 Hektar großen Landbesitzes verblieben. 71 der enteigneten Grundbesitzer gehören dem Adel an.

Aus der Stadt Ettlingen

Wie viele glauben daran?

Die in vielen Zeitschriften veröffentlichten Wochenhoroskope erfreuen sich bei den Frauen einer stärkeren Beachtung als bei den Männern.

Merkwürdig ist, daß bei den Befragten mit Abitur die Zahl der Horoskopleser weit über dem Gesamtdurchschnitt liegt.

Das Institut fragte weiter: „Hat es ungefähr gestimmt?“ — nämlich die aus den Sternen geholte Voraussage.

Eigentlich ist es verwunderlich, daß die bejahenden Antworten nicht zahlreicher ausfallen. Denn die Hersteller dieser Wochenhoroskope wählen ihre Worte mit Bedacht so, daß sie ganz allgemein und unbestimmt gehalten sind.

Aber noch besser ist die Bemerkung eines anderen: „Ich bin nicht für die Sache. Liest man das doch mal, fühlt man sich davon abhängig.“

Produktionsschwierigkeiten in der Papierproduktion zwingen zu einer Einschränkung im Papierverbrauch. Wir bitten unsere Leser dies zu berücksichtigen.

Generalversammlung der Kolpingsfamilie

Vizepräsident Schlee begrüßte die Mitglieder, die sich am Sonntag im Gasthaus zum „Hirsch“ zur Generalversammlung der Kolpingsfamilie einfanden.

Ettlinger Fasnacht 1951

Zur Bürgermeisterwahl am Wasen (13. Jan.) Ihr sollet heut recht lustig sein, voll Stimmung und Humor.

Der Wirt der bringt bloß gute Wein, setzt Riesenschälzel vor,

ja wann der Rechner zahlen tät, dann brüchste wir kein Draht,

des könnt schon lang geregelt sein von dem Gemeinderat.

Fasnacht, Fasnacht und ein Mädel zuckersüß wem des fällt, wem des fällt, ja der lebt im Paradies.

(Melodie: Der kreuzfidele Kupferschmied.) (Textberichtigung von unserer gestrigen Ausgabe.)

Der Gemeinderat macht noch darauf aufmerksam, daß nach der Bürgermeisterwahl auf einer freigehaltenen Tanzfläche die Kapelle des Wasenmusikvereins zu allen alten und neuen Tänzen aufspielt.

Darum reservieren Sie sich den Samstag, 13. Jan., zum Besuch des Ratskellers, es gibt Stimmung und Humor.

Zum Bauernball am 13. Januar Benutzt die kurze Lebenszeit zu Scherz und munteren Sachen.

Neubürgerball Sonntag, 14. Jan., 20 Uhr, in der Stadthalle.

Es spielen die Böhmerväldler zum Tanz auf. Viele Überraschungen, Verlosung, Eintritt nur 1 DM.

„Bürgerkeller“ wird beim Bauernball eröffnet

Die Verhandlungen des Gemeinderats am 10. Januar

Für das 1 1/2-stündige Warten wurden die — leider nur wenigen — Zuhörer in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am Mittwochabend dadurch entschädigt, daß einige Punkte der nichtöffentlichen Sitzung in die öffentliche übernommen wurden.

Dem Antrag der Parteiloosen Wählervereinigung auf Überlassung der Stadthalle für Wahlversammlungen zu den gleichen Bedingungen wie für die bereits auf dem Rathaus vertretenen Parteien wurde entsprochen.

Die DVP-Fraktion hatte an die Stadtverwaltung folgende Anfrage gerichtet: „Die Anfrage von Bauunternehmer Mußler in der letzten Bürgerversammlung gibt uns Veranlassung, die Anfrage an die Stadtverwaltung zu richten.“

Die Anfrage von Bauunternehmer Mußler in der letzten Bürgerversammlung gibt uns Veranlassung, die Anfrage an die Stadtverwaltung zu richten, auf welcher Rechtsgrundlage der 2%ige Skontoabzug für eine Arbeitsleistung beruht, da hier ein Arbeitsvertrag vorliegt und im allgemeinen nur bei Warenlieferungen mit festgesetzten Lieferungs- und Zahlungsbedingungen üblich ist.

Gemeinderat Decker wies zur Begründung auf den Unterschied zwischen einem Leistungs- und einem Warenlieferungsvertrag hin. Während einige Gemeinderäte einen Abzug bei den scharf kalkulierten Arbeitsleistungsverträgen nicht für gerechtfertigt hielten und darauf hinwiesen, daß städtische Zahlungen oft erst nach längerer Zeit erfolgen.

Auf Antrag der SPD wurde die Arbeitsverteilung im Fürsorgeamt besprochen. Wegen der Krankheit der Fürsorgegeschwester ist eine Hilfskraft für den Innendienst nötig. Die

Der Wochenmarkt

findet am Samstag wegen der Geflügelanstellung nicht in der Markthalle, sondern auf dem Platz vor der Markthalle statt.

Alle Fasnachts-Veranstaltungen

sind rechtzeitig beim städt. Rechnungsamt zu melden, gleichgültig ob Eintritt erhoben wird oder nicht und ob es ein Tanz- oder Kappenspektakel ist.

Unfall auf der Rohrackerwegkreuzung

Heute morgen gegen 11 Uhr prallte ein Pkw auf dem Bahnübergang am Rohrackerweg gegen den Triebwagen eines aus Richtung Karlsruhe kommenden Zuges der Albtalbahn.

Der 1950er baut sich gut aus

Die deutsche Weinwirtschaft hat die Schwelle des neuen Jahres in „gedämpftem Optimismus“ überschritten. Wenngleich das Weingeschäft bisher ruhig verlaufen ist, so sind doch einige Anzeichen dafür da, daß Absatz und Preise des 1950ers sich auf das Frühjahr zu bessern werden.

Verwaltung wird dafür eine Praktikantin oder Anwärterin suchen. Gemeinderat Lichtenberger wies aus diesem Anlaß kritische Äußerungen in der Stadt als leichtfertig oder vergiftend zurück, von denen beanstandet wurde, daß der vor kurzem pensionierte Leiter des Fürsorgeamts, Gemeinderat Glunk, wiederum im Fürsorgeamt beschäftigt werde.

Appell an die Jugend

Die CDU hatte beantragt, mehr Sitzbänke aufzustellen und den Zugang zum Jugendheim zu beleuchten. Die vom Stadtbauamt im Frühjahr 1950 erneuerten Bänke sind leider z. T. wieder von roher Hand zerstört worden.

Die Beleuchtung des Zugangs zum Jugendheim wird Ende der Woche fertiggestellt. Sache der Jugend ist es nun, die vom Stadtbauamt bezeichnete Wegstrecke auszuheben.

Die Schulkommission hatte befürwortet, daß das in einen Stall verwandelte Pissoir an der Schüllerschule wegen Bauauffälligkeit und unangenehmer Gerüche beseitigt wird.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurde die Beratung der Geschäftsordnung des Gemeinderats von der Tagesordnung abgesetzt.

Gemeinderat Geisert gab den Zuhörern eine Erklärung für die Verspätung der Sitzung. Als ständiger Stellvertreter des Bürgermeisters hätte er sicher auch das Recht gehabt, die Sitzung zu beginnen.

Bereins-Nachrichten

CDU Ettlingen Heute abend findet im Gasthaus zum „Hirsch“, 20 Uhr, eine Mitgliederversammlung der CDU Ortsgruppe Ettlingen statt.

TuS Ettlingen — Abt. Fußball Heute abend 20 Uhr Training. Treffpunkt pünktlich im Vereinslokal mit Sport.

Tagung der B Klassenvereine. Am Samstag, den 13. Januar 1951, nachmittags 15.30 Uhr treffen sich in der „Harmonie“ zu Karlsruhe die Vereine der 3 Saffeln der B-Klasse.

Am Samstag, den 13. Januar 1951, nachmittags 15.30 Uhr treffen sich in der „Harmonie“ zu Karlsruhe die Vereine der 3 Saffeln der B-Klasse. Im Vordergrund der Tagung steht die Termingestaltung der Rückrunde unter Berücksichtigung der eingehenden Wünsche und Anträge.

Blindenführhundschiele Oftersheim. Hilf durch Deine Spende. Illustration of a dog.

Stimmen zur Gemeinderatswahl

Im Zeichen der bevorstehenden Gemeinderatswahlen sind in der EZ schon zahlreiche Leserstimmen erschienen. Damit der Wahlkampf nicht in persönliche Gehässigkeiten ausartet, werden hier aus den Zuschriften nur die wesentlichen und möglichst sachlichen Argumente veröffentlicht.

Von ebenso vielen Wählern abgelehnt, da doch mitschuldig

In der Einsendung, die sich einleitend mit Mitgliedern des Wählerausschusses der „Parteiloosen Wählervereinigung“ befaßt, heißt es dann:

Den superoptimistischen Herren der Wählervereinigung sei zur Erinnerung ins Stammbuch geschrieben, daß über 60% der Wähler der arbeitenden Bevölkerung angehören und daß gerade die Werktätigen sich dieses Mal die Wahlkandidaten sehr genau ansehen werden.

Die Herren der Wählervereinigung müssen zuerst einmal unter Beweis stellen, wessen Geistes Kind sie sind und was sie überhaupt zu leisten vermögen.

Wenn die PW weiter fordert, daß der Wahlkampf mit sachlichen Argumenten geführt wird, so haben die bisherigen Flugblätter und Erwidierungen von einer Fairness wenig gezeigt.

Beschämend ist, daß der unter vielen Mitten erreichte Gemeindefriede wieder durch Leute gestört wird, die trotz ihrer Ablenkungsmannöver und versteckten Drohungen doch an dem allgemeinen Unfrieden in der Welt als mitverantwortlich erkannt sind.

Aus dem Gerichtssaal

Der erste Tag mit Führerschein

30 DM Geldstrafe, ersatzweise 6 Tage Gefängnis erhielt ein Motorradfahrer aus Malsch wegen fahrlässiger Körperverletzung in Tateinheit mit Zuwiderhandlung gegen die Straßenverkehrsordnung.

Jeder Verkehrsteilnehmer sollte sich immer wieder vor Augen halten, daß es nicht genügt, die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit nicht zu überschreiten.

Table with election results: Rheinwasserstand 10.1., Konstanz 276 (+1), Breisach 132 (-14), Straßburg 206 (-1), Maxau 389 (+6), Mannheim 257 (+3), Caub 244 (+4).

Beste Meldungen

Neuordnung in Rheinland-Pfalz?

Malnz (Id.) Die Anregung der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen und Hessen auf Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz habe bei der SPD keine Überraschung ausgelöst...

Kokoschka-Ausstellung in Mannheim eröffnet

Mannheim (Iwb). In der Mannheimer Kunsthalle wurde eine Ausstellung mit fünfzig Werken des bekannten Malers Oskar Kokoschka eröffnet.

Bienenzucht in Malsch

Der Malscher Bienenzuchtverein hatte am Sonntag seine Mitglieder zur Generalversammlung eingeladen. Dieser Einladung waren auch fast alle Mitglieder gefolgt...

Stimmungswalzer „Burbach“ aus der Taufe gehoben

Das Wirken des Musikvereins „Harmonie“ für die Volksmusik

Burbach. Am Sonntag, 7. Jan., hielt der Musikverein „Harmonie“ seine Hauptversammlung ab. Nach dem schnellidig vorgetragenen Begrüßungsmarsch eröffnete der 1. Vorsitzende Karl Eisele die gutbesuchte Versammlung.

Der Vorstand gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vereins im vergangenen Jahr. Besonderer Dank wurde den aktiven Mitgliedern zuteil, die in aufopfernder Tätigkeit unter der bewährten Leitung ihres Dirigenten Kapellmeister H. Martini in 16 Konzerten teilweise auswärtig und vier kirchlichen Veranstaltungen die kulturell-musikalischen Belange der Gemeinde Burbach vertreten und förderten.

Der Dirigent hielt im vergangenen Jahr 64 Musikproben ab, außerdem 17 Extraproben für Zöglinge und 59 Stunden Einzelunterricht an Anfänger.

Unter der Leitung des tatkräftigen unermüdeten Vorstandes kann der Verein auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Nach dem Geschäftsbericht gab Kassier Vielsäcker den Rechenschaftsbericht und die Versammlung erteilte ihm sowie der gesamten Vereinsleitung Entlastung.

Die Neuwahlen ergaben eine Bestätigung des bisherigen Vorstandes: 1. Vorsitzender Karl Eisele, 2. Vorsitzender (Musikvorstand) Josef Kunz, Kassier Hugo Vielsäcker, Schriftführer Bertold Becht, Beisitzer Anton Rabold, Josef Eisele und Hugo Sahrbacher.

Kapellmeister Martini hob hervor, es gelte

den Gemeinden und der Bevölkerung zu zeigen, welche großen Schatz gerade in der Volksmusik stecke. Es zeige sich ja immer wieder, daß eine Gemeinde ohne Musik und Gesang tot sei. Diese beiden seien in den Gemeinden die Sammelbecken von Idealisten, ohne die weder ein kirchliches noch weltliches Fest gefeiert werden könne.

Landesleiter Hohn schilderte in treffenden Ausführungen Ziel und Zweck des Bundes Südd. Volksmusikvereine. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß leider noch nicht alle Musikvereine erkannt haben, wie wichtig ein Zusammenschluß ist, wie dies bei Sport-, Gesang- und Turnvereinen eine Selbstverständlichkeit sei.

Die Bekanntgabe der erfolgten ehrenvollen Einladung an den Musikverein Burbach, am internationalen Musikfest, welches vom 3. bis 19. 8. 51 in Kerkrade (Holland) stattfindet, teilzunehmen, löste große Freude bei den Aktiven aus.

So wurde auch der von der Musikkapelle aus der Taufe gehobene Stimmungswalzer „Burbach“, Text und Musik von Kapellmeister Hans Martini, mit heller Begeisterung aufgenommen.

Zum Schluß der harmonisch verlaufenen Versammlung wurde der gesamten Verwaltung sowie dem Dirigenten der Dank für ihre aufopfernde, unermüdete Arbeit im verflossenen Jahr ausgesprochen.

Reichenbach meldet

Reichenbach. Die Weihnachtseiern beschloß der Gesangsverein am 6. und 7. Jan. mit dem Singpiel „Der Postillon von Rodendorf“. Der Chor unter der Leitung des Gesangspädagogen Lang (Karlsruhe) stellte mit seinen Gesangseinlagen sein ausgezeichnetes Können unter Beweis.

Als besondere Ereignisse dieses Monats zu bezeichnen sind die „Diamantene Hochzeit“ des Ratschreibers 1. R. Leopold Kunz und Florentine Walbe am 20., sowie die „Goldene Hochzeit“ am 19. der Eheleute Johannes Stepple und Katharina Becker.

Das land- und forstwirtschaftliche Unfallverzeichnis liegt in der Zeit vom 9. bis 21. Januar zur Einsichtnahme im Rathaus auf. Einsprachen können beim Bürgermeisteramt erhoben werden.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 9. Januar

Auftrieb: Rinder 256, Kälber 227, Schafe 29, Schweine 625. - Preise: Ochsen AA 80-90, A 70-80, B 60-70, Bullen AA 85-95, A 75-85, B 65-75, Kühe A 60-70, B 50-60, C 40-50, D 30-40, Kälber A 120-140, B 110-120, C 90-105, Schafe 50-60, Schweine A und B 120-140, C 120-140, D 120-140, E und F 120-127, G 115-120. Marktvorkauf: Rinder schleppend, Überstaud: Kälber mittelmäßig, geräumt, Schweine langsam, Überstaud.

Heidelberger Schlachtviehmarkt vom 3. Januar

Auftrieb: Ochsen 28, Bullen 22, Kühe 44, Färsen 30, Kälber 42, Schweine 221, Schafe 74. - Preise: Ochsen AA 85-92, A 80-85, B bis 70; Bullen AA 80-92, A 80-87, B bis 60; Kühe AA 60 bis 65, A 70-80, B 60-65, C 45-55, D bis 40; Färsen AA 80-90, A 80-85, B bis 65; Kälber A 120-140, B 110-120, C bis 100, C bis 110; Schweine AA 140-144, B 140 bis 144, C 137-144, D 135-140; Sauen 120-130; Schafe 35-45. - Marktvorkauf: Wegen der im Kreis herrschenden Maul- und Klauenseuche als Sperrmarkt abgehalten. Auftrieb mit Ausnahme von Kälbern und Schafen geringer als in der Weihnachtswoche. Bei Großvieh fanden gute Tiere harten Absatz. Mittlere und geringere Qualitäten langsam, kleiner Überstaud: Kälber, Schweine und Schafe langsam bis schleppend, Überstaud: FGR B- und C-Schweine wurden Anfangs bis 1,60 DM bezahlt. Die Preise gaben aber später bis zu 1,60 DM im Durchschnitt nach, größerer Überstaud: Spitzentiere bei Großvieh über Notz.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 8. Januar

Auftrieb: Großvieh 228, Kälber 128, Schweine 1280, Schafe 26. - Preise: Ochsen AA Jung 85 bis 90, A 75-80, B 67-75; Bullen AA Jung 85-90, A 75-80, B 65-75; Kühe A 64-70, B 55-60, C 45-50, D 35-40; Färsen AA 75-82, A 70-75, B 55-60; Kälber A 120-124, B 111-118, C 95-104, D 75-82; Schweine A 140-145, B 140-147, C 140-144, C 130-140, D 130-137; Sauen G 120-135, G 120-130; Schafe 35-40. - Marktvorkauf: Großvieh langsam, kleiner Überstaud, alte Ochsen und alte Bullen schwer und nur bei nachgebenden Preisen abzusetzen. Kälber ausverkauft, Schweine mittel ausverkauft, Auftrieb vorzöichnet in allen Tiergattungen merkliche Verminderung, Absatz in Kälber brachte Preissteigerung bis zu neun Pfennig und bei Schweinen bis zu fünf Pfennig, Schafe unverändert.

Wettervorhersage

Am Donnerstag wolkig, in den Niederungen vormittags stellenweise neblig. Höchsttemperaturen zwischen zwei und sechs Grad, stellenweise leichter Frost (nachts). Meist südliche Winde. Am Freitag stärker bewölkt, zeitweise etwas Regen. Südsüdwestliche Winde. Höchsttemperaturen meist unverändert.

Barometerstand: Veränderlich Thermometerstand: (heute früh 8 Uhr) 6° über 0

Table with 2 columns: City/Currency and Exchange Rate. Includes New-York (1 Dollar), London (1 Pf.), Paris (100 Fr.), Brüssel (100 Belg. fr.), Mailand (100 Lire), Deutschland (100 DM), Wien (100 Sch.).

Berlin, den 10. 1. 51: Wechselkurs-Umrechnungskurs 1 DM (West) = 5,50 - 5,70 DM (Ost).

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Albau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. - Druck und Anzeigen-Annahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-Kraus oHG., Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

BEKANNTMACHUNGEN

Bestandsmeldung über NE-Metalle

Nach § 4 Absatz 2 der Anordnung NEM I 50 sind alle natürlichen und juristischen Personen (auch des öffentlichen Rechts), die Nichteisen-Metalle in den Materialgruppen Vormaterial, Rohmaterial, Abfallmaterial und Halbmaterial in Eigentum, Besitz oder Gewahrsam haben, damit handeln oder darüber Verfügungsberechtigt sind, verpflichtet, Bestandsmeldungen mittels des vom Bundeswirtschaftsministerium herausgegebenen Vordruckes zu erstatten, soweit ihre Bestände in den genannten Materialgruppen übersteigen.

Erstmals meldepflichtige Personen müssen den Meldevordruck beim Landratsamt oder der Industrie- und Handelskammer anfordern

Die Bestandsmeldungen müssen bis spätestens 15. Januar 1951 in je einer Ausfertigung bei der Verwaltung für Wirtschaft in Abwicklung (Abwicklungs- und Überleitungsstelle) Gruppe II Nichteisen-Metalle in Frankfurt/Main-Höchst, Konrad-Clatt-Straße 40 und beim Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden, Stuttgart-N, Kinnestraße 18 eingereicht werden.

Unterlassung der Meldung oder falsche Angaben werden nach dem Wirtschafts-Strafgesetz bestraft. Der Landrat

Revolverarbeiten

(Stangen und Futter) Stahl, Messing, Alu, Durchlaß bis 60 mm laufend zu vergeben

NEUE ARGUS Gesellschaft m. b. H. Ettlingen, Goethestraße 15. Anrufe erbeten Ettlingen 335

Advertisement for Eis-Revue featuring a figure skater and text: 'DIE INTERNATIONALE CONTINENTAL-Eis-Revue. Noch immer tosen Beifallsstürme. KARLSRUHE in der geheiligten Messehalle. Täglich 20 Uhr, samstags, sonntags 14 und 20 Uhr. Vorverkauf: An der Tageskasse, tel. Vorbestellungen 7983'

Advertisement for Honig: 'Einmaliges Sonderangebot nur solange Vorrat. HONIG 5 Pfd. m. Eimer (netto) DM 8.- 2 Pfd. m. Dose (netto) DM 3.50 Kleine Kostprobe gratis! Reform-Versand Kurt Beising. Ettlingen, Schloßgartenstraße 25'

Advertisement for ZU VERKAUFEN: '70 neue Zementpfosten 2,20x0,15 m. gunst. zu verk. Zu erfr. unter Nr. 95 in der EZ. 2 Schneiderkostüme, 1 Kommodeanzug sehr billig zu verk. Zu erfr. unter Nr. 102 in der EZ. Anzeigen haben großen Erfolg in der Ettlingerzeitg.'

Advertisement for Bitte: 'Bitte berücksichtigen Sie unsere Inserenten beim Einkauf!'

Advertisement for VERSCHIEDENES: 'Das Einwohnermeldeamt sucht für eine größere Anzahl von Angestellten der Badischen Erdölwerke GmbH, Ubstadt Unterkunft mit voller Verpflegung. Anmeldungen an das Einwohnermeldeamt erbeten.'

Advertisement for ZU KAUFEN GESUCHT: 'Grundstück in Stadtnähe - bis 1500.- DM - zu kaufen ges. Angeb. unter Nr. 98 an die EZ.'

Advertisement for WOHNUNGSAUSCH: 'Geboten s. n-nige 2-Zimmerwohnung - gesucht ebensohohe 3-4-Zimmerwohnung. Angeb. unter Nr. 100 an die EZ.'

Advertisement for SÜKA Nerven-Elixier: 'SÜKA Nerven-Elixier Für Herz-Nerven-Schlaf bekannt und wirksam. Original-Flaschen 2,85 DM. Sicher zu haben bei Badenia-Drogerie R. Chemnitz'

Advertisement for Bronchial-Tee: 'Bronchial-Tee. Beste „Wurzelpflanz“ bei sich aufwerdendlich günstig bei Husten, Heiserkeit u. Verschleimung bewirkt. 30 Liter im Angebot, dann 10 Liter. Badenia-Drogerie Rüd Chemnitz Leopoldstraße 7'

Advertisement for Lästige Haare: 'Lästige Haare. Im Gesicht und am Körper entfernt sofort vollkommen schmerzlos die völlig un-schädliche viel tausendfach bewährte Enthaarungscreme. Artisin. Tube DM 1.50, 1.50, -30. PARFUMERIE LEHNE FRANKFURT-AM. Zu haben: Badenia-Drog. Chemnitz u. einschl. Geschäfte'

Large advertisement for Bauernball: 'Samstag, 13. Januar 1951 der traditionelle BAUERNBALL in der Stadthalle - Einweihung der Unterwelt-Kellerwirtschaft Motto: Im Blumenparadies - Prämierung der schönsten und originellsten Kostüme Kartenvorverkauf in den Gärtereien u. bei Milchhandlung Hettinger. Eintrittspreis DM 1.50 Zwei Kapellen Beginn 19.59 Uhr'

LAND + GARTEN

Die kommende DLG-Ausstellung 1951 in Hamburg

Der Aufbau ist bereits in vollem Gange

Seit Wochen wird an dem Aufbau der 41. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, die vom 27. Mai bis 3. Juni 1951 auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg stattfindet, gearbeitet. Damit kommt die DLG zum vierten Mal mit ihren Ausstellungen in die alte Hansestadt — das Tor Deutschlands zur Welt. Die drei vorhergehenden waren die 11. DLG-Wanderausstellung im Jahre 1897, die 24. 1910 und die 30. 1924. Im Jahre 1935 fand in Hamburg die 2. RNST-Ausstellung statt. Zusammen zählten diese vier Ausstellungen über 1,6 Millionen Besucher.

Bereits vor einigen Monaten wurde auf dem Heiligengeistfeld mit den umfangreichen Vorbereitungen begonnen, so daß sich den Besuchern der 41. DLG-Wanderausstellung ein vorbildliches Ausstellungsgelände in einer Größe von rund 30 ha präsentieren wird.

Wie schon bei der 40. DLG-Wanderausstellung 1950 in Frankfurt a. M., so werden auch in Hamburg die Lehrschau und der Schwerpunkt der Ausstellung bilden. Ziel ist: dem bürgerlichen Besucher praktische Anregungen für günstigere Produktionsbedingungen zu geben. An der Spitze steht, wie immer, die Maschinenlehrschau mit den Themen: „Bäuerliches Werkzeugs“, „Der Bauer bastelt“ und „Grabensäumung“, dazu kommt eine Sonderlehrschau mit den von der DLG bis jetzt geprüften Maschinen und Geräten und, gewissermaßen als Blick über die Grenzen, eine Schau amerikanischer Landmaschinen.

An weiteren Lehrschau sind genannt: Das „Haus der Landfrau“, mit einem vorbildlich eingerichteten Dorfgeschäftsbaus und verschiedenen Möglichkeiten der verlustlosen Vorratswirtschaft im Bauernhaushalt; die „Landschule“ mit neuzeitlich eingerichteten Schulwahnzimmern, die an Stelle der alten kahlen Klassenzimmer treten sollen; die „Elektrohof“, die „Forstlehrschau“, die „Baulehrschau“, die „Fische“ und die „Grünlandlehrschau“, die die Besucher aus den benachbarten Marschgebieten besonders interessieren dürfte. Das BEM plant, einen naturgetreuen Bauernhof nach den neuesten Ergebnissen der Land- und Landarbeitstechnik, einschließlich einer mustergerichtig bewirtschafteten Bauerngarten aufzubauen.

Hauptanziehungspunkte der Ausstellung werden wieder die Maschinen und Tiere bilden. Nach den bis jetzt vorliegenden Anmeldungen wird sich die deutsche Landmaschinenindustrie annähernd geschlossen beteiligen. Den Besuchern aus dem In- und Ausland wird dadurch ein lückenloser Überblick über den neuesten Stand der Landtechnik geboten.

In der Tierschau werden etwa 300 Großtiere, die Spitzentiere aus allen Teilen des Bundesgebietes erwartet. Die landwirtschaftliche

Praxis, besonders die Tierzüchter, erwarten mit Spannung die Erfolge seit dem ersten großen Nachkriegswettbewerb der deutschen Tierzucht auf der diesjährigen DLG-Ausstellung in Frankfurt a. M. In einer Sonderlehrschau wird erstmalig auch Fragen der Tierhaltung ein größerer Raum gewährt und zwar ein besonders aktuelles Thema: Schweinemast und Schweinehaushaltungen.

Als dritte große Ausstellungsgruppe sind noch die Erzeugnisse und Hilfsmittel zu nennen. Hier wird zum Teil in Gemeinschaftsausstellungen alles gezeigt, was der Bauer einerseits an Betriebsmitteln benötigt, also Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Handelsfuttermittel, Fachliteratur usw., andererseits all das, was er an den Markt bringt, besonders Milch- und Molkerieerzeugnisse, Wein, Saat- und Pflanzgut, Fleischerzeugnisse, Obst, Eier, Geflügel, Honig usw.

Jetzt rücken wir den Schädlingen zu Leibe

Alljährliche Obstbaum-Winterspritzung tut not

Gegen Ausgang des Krieges und in den Jahren nach dem Zusammenbruch hat man in vielen, vor allen Dingen Kleingärtnerkreisen, die Winterspritzung unterlassen. Meist waren es geldliche Gründe; teilweise wurde aber auch die Auffassung vertreten, die Winterspritzung sei nicht notwendig. Es hat sich aber gezeigt, daß infolge dieser Unterlassung beachtliche Obstverluste durch tierische und pflanzliche Schädlinge eintraten, was ich in den letzten Jahren bitter erfahren mußte. Im Winter 1949/50 habe ich dann nach mehrjähriger Pause wieder eine Winterspritzung mit Ditosolkarbol durchgeführt und konnte den großen Unterschied zu den vergangenen Jahren feststellen.

Auch in diesem Winter spritze ich und möchte allen Gartenfreunden, die es lange unterlassen hatten, in ihrem eigenen Interesse, wieder alljährlich die Winterspritzung durchzuführen. Es sei nur in Erinnerung gebracht, welche Fülle an Schädlingen und deren Brut an den Obstbäumen überwintert: Blattläuse, Blattläuse und die gefährliche San-José-Schildlaus; Apfelfrüßler, -blütenstecher und -markschabe; Rote Spinne, Knospenwickler, Frostspanner, Ringel- und Schwamm-spinner, Gespinst, Kirschblüten- und Miniermotte; ferner Moose und Flechten.

Ganz gleich wie groß das Stückchen Land ist, das wir zu bewirtschaften haben, überall sollten wir den Schädlingen zu Leibe rücken und unverrückbar das Ziel verfolgen: erstklassiges Obst ernten zu können. Für diesen Winter habe ich mir bereits das von Schacht

Der Anbau von Frühkartoffeln ist heute allgemein zur Aufgabe jedes Gartenbesitzers geworden. Dies ist aber nur dann durchführbar, wenn das Saatgut so vorbereitet worden ist, daß eine frühe Ernte der Kartoffeln gewährleistet ist und das Land danach für Nachkulturen zur Verfügung steht.

Es ist nicht zu empfehlen, die Saatkartoffeln aus der eigenen Erzeugung zu nehmen; die Saatkartoffeln, die man als Kleingärtner erntet, soll man restlos für Speise- und Futterzwecke verwenden. Nur neues, frisches Saatgut von einem Bauern oder einem bewährten Saatgutzüchter bietet die Gewähr, daß sich gesunde Saatkartoffelstauden entwickeln. Wenn die Zeit der Beschaffung von Saatkartoffeln im allgemeinen wohl der Herbst ist, um einwandfreie, gut sortierte Ware zu erhalten, so ist es jetzt, bei frostfreiem Wetter, doch noch möglich, von einem Nachbarn gesunde Saatkartoffeln zu erwerben. Man weise diese Empfehlung nicht von der Hand, wenn man

nicht durch kümmerliche Kartoffelpflanzen enttäuscht werden will.

Jeder Kleingärtner sollte davon Abstand nehmen, auf Gartenland Winterkartoffeln zu pflanzen. Damit wäre das Land für andere Kulturen besetzt. Frühkartoffeln machen das Land jedoch so zeitig frei, daß verschiedene Spätgemüse noch als Zweitfrucht ausreifen im Garten kann. Der Zeitpunkt zum Auspflanzen der Saatkartoffeln früher gewählt werden als auf einem freien Acker, der eine weniger geschützte Lage hat. Außerdem hat humoser, gut bearbeiteter Gartenboden zeitig die erforderliche Wärme, die die Kartoffeln brauchen, um Wurzelwerk zu entwickeln.

Die Frühkartoffel stellt an den Boden keine großen Ansprüche. Da die Kartoffeln ab April in die Erde sollen, darf der Boden nicht wasserundurchlässig und kalt sein, auch ist ein schattiger Platz ungeeignet. Lehmgut, humoser Sandboden bietet die besten Voraussetzungen für ein gutes Gedeihen der Kartoffelpflanzen. Um den Kalihunger der Kartoffeln zu stillen, gebe man Kali in den Boden.

Gerade für den Kleingartenbesitzer (doch nicht nur für diesen) kommt es darauf an, die Anbauzeit der Frühkartoffeln, d. h. die Zeit von der Aussaat bis zur Ernte, möglichst kurz zu halten. Dies ist möglich, wenn geeignete Frühsorten vorgekeimt werden, was verhältnismäßig einfach durchzuführen ist und für viele nicht mehr neu sein dürfte.

Zum Vorkeimen verwendet man flache (Tonnens-)Kisten, in die die Kartoffeln höchstens zweischichtig eingelegt werden. Man kann sich selbst Kisten in geeigneter Größe herstellen. Die Kartoffeln werden nach der Größe sortiert und auf das Nabelende gelegt. Man versee die Kisten an den Ecken mit kleinen Füßen und stelle sie aufeinander in die Nähe eines Fensters, so daß Licht zwischen die Kisten auf die Kartoffeln fällt.

Geeignet ist ein trockener Raum von etwa 10 Grad Wärme. Die Kisten werden öfter umgestellt, daß die unteren nach oben und die Vorderseiten nach hinten kommen. Man rechnet auf etwa ein Ar Gartenland 2,5 kg Saatkartoffeln. Knollen von 30 bis 40 Gramm Gewicht bringen erfahrungsgemäß die früheste Ernte.

Die Aufstellung der Kisten erfolgt Ende Januar, Anfang Februar. Bei ausreichendem Lichteinfall in Verbindung mit trockener Luft bilden sich innerhalb von sechs Wochen 1 bis 1 Zentimeter lange kurze, gedrungene, grüne Lichtkeime. Lange, bieiche Keimtriebe erfüllen für diese Vorkeimung nicht den Zweck. Im April werden die Kartoffeln aus den Kisten genommen, ohne daß ein Keim abbricht; man gehe hierbei also sehr vorsichtig zu Werke. Die Kartoffeln werden nach ihrer Größe geordnet; die kleinen geben eine frühe, aber geringe, die großen eine spätere und größere Ernte.

Da das vorgekeimte Saatgut sehr vorsichtig zu behandeln ist, empfiehlt sich die Sortierung bereits vor der Vorkeimung. Dann können die Kisten in den Garten gebracht und die Kartoffeln zum Auslegen diesen unmittelbar entnommen werden. Die Kartoffeln kommen (Kronen-Ende nach oben) in humusreichen Boden und werden sogleich mit Erde leicht bestreut, damit später beim Zudecken kein Keimling abgebrochen wird. Pflanzweite durchschnittlich 40 Zentimeter.

Die aufgegebenen Pflanzen schützen man bei Bedarf gegen Spätfröste durch leichtes Überdecken mit Stroh oder Reisig.

Schäden durch Frostriß

Das Harzen oder der Gummifluß der Steinobstbäume ist auf überhöhen Saftdruck zurückzuführen. Schneidet man im Winter von einem Kirschbaum einen großen Ast ab, so ist aus der verursachten Wunde im Frühjahr meist Gummifluß zu erwarten. Deshalb unterlasse man vor allem an Kirschbäumen jeden nicht unbedingt notwendigen Schnitt. Das Harzen kommt aber auch durch das Platzen der Rinde zustande, wenn im frühen Jahr tags die Sonne besonders warm scheint und nachts die Temperatur auf den Gefrierpunkt herabsinkt. Durch entstandene Frostrisse sondert der Baum dann harzigen Saft ab. Eine andere Ursache, die Gummifluß zur Folge hat, ist in der Überdüngung mit Stickstoff (Jauche) und im Fehlen von Kalk und Kali zu suchen.

Wie ist Gummifluß zu behandeln? Kleine unbedeutende harzende Stellen verheilen im allgemeinen von selbst. Bei stärkerem Gummifluß verliert der Baum jedoch zu viel seiner Kraft, und es ist durchaus möglich, daß Bäume eingehen.

Man gebe von April bis Mai zwei bis dreimal jedem in Frage kommenden Baum etwa 10 Liter Wasser, in dem 1/2 kg Kochsalz gelöst ist. Erfahrungsgemäß ist dies ein recht gutes Mittel. Harzende Stellen werden vielfach auch erfolgreich durch Auflegen von Essiglappen eingedämmt. Wo Kalk und Kali fehlen, sind diese Nährstoffe außerdem zu verabfolgen.

Auf den Komposthaufen!

Im Winter ist die Zeit des Schlachtens. Da ist es vielfach Unsinn, Eingeweide und Kadaver von Tieren einfach an einem Baum einzugraben. Abfälle dieser Art gehören aber auf den Komposthaufen, wo sie zum schnellsten Abbau tüchtig mit Kalk zu bestreuen sind.

neu herausgebrachte Präparat „Terminol“ beschaft, das 8%ig angewendet, auch gegen die San-José-Schildlaus wirksam sein soll. Es ist in Fachkreisen bekannt, daß gerade dieser Schädling bisher als nahezu giftempfindlich galt und ihm mit Schädlingsbekämpfungsmitteln nur schwer beizukommen war.

Um so erfreulicher ist es, nunmehr ein wirksames Präparat, das von der Biologischen Bundesanstalt anerkannt ist (denn nur solche sollten Verwendung finden), gegen die unseren Obstbau gefährdende Schildlaus zu haben. Überall da, wo das Auftreten der San-José-Schildlaus beobachtet wurde, wird dieses Präparat sicherlich sehr begrüßt werden.

Wer unerfahren ist in der Winterspritzung, lasse sich in Fachgeschäften (Drogerien, Samenhandlungen usw.) beraten. Auch andere bekannte Firmen wie Bayer und Schering haben eine Reihe Spritzmittel auf den Markt gebracht. Man spritze jetzt an einem frostfreien Tag bei bedecktem Himmel.

Auch Jauche tut den Bäumen gut

In der Winterperiode steht oft viel überflüssige Mistjauche unverwertet in der Grube. Man verwende sie dazu, bei schönem offenem Wetter die Obstbäume zu jauchen. Erfahrungsgemäß fördert das sehr das Wachstum der Bäume. Insbesondere ältere Obstbäume, die etwas zurückgeblieben sind, nehmen diese Jauchgaben dankbar auf. Steinobstbäume schließe man hiervon jedoch aus.

Eine Werkbank ist für uns unentbehrlich

Sie erleichtert viele Arbeiten in Haus und Hof

Obwohl der Besitz einer Hobelbank so manche Werkarbeit für Haus und Hof wesentlich erleichtern würde, scheitert ihre Anschaffung oft an dem verhältnismäßig hohen Kostenpreis. Da auch gebrauchte Hobelbänke immerhin noch viel Geld kosten, baut man sich als Ersatz eine geeignete Werkbank.

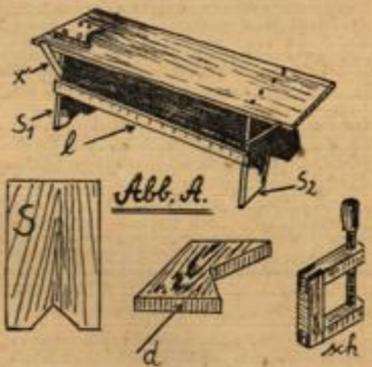


Abb. A veranschaulicht eine sogenannte Zimmermannsbank, die beim Sägen, Hobeln, Bohren, Feilen und Schleifen, beim Bau von Holzhäusern und Holzläden unentbehrlich ist. Zwecks Herstellung einer solchen Bank benötigt man 30 Zentimeter breite und 2,5 Zentimeter starke, kieferne Bretter. Die genauen Größen des Deckbrettes und der beiden Seitenbretter, die gleichzeitig die seitlichen Füße bilden, sind von der Zeichnung abzulesen. S bedeutet das Seitenbrett. Unten erhält es einen dreieckigen Ausschnitt, wobei rechts und links je 6 Zentimeter als Bodenaufleger stehen bleiben.

Die Befestigung der Seitenbretter am Deckbrett geschieht durch starke Holzschrauben. Innerhalb der etwas nach außen schräggestellten Seitenbretter S1 und S2 schafft man sich durch Einfügung eines Grundbrettes einen Kasten zur Aufbewahrung von Werkzeugen. Hinten wird der Kasten vollständig geschlossen; man schraubt hier ein Rückbrett an. Vorn genügt eine schmale Leiste l, die ein Herausfallen der Werkzeuge verhindert. Dann

werden noch die beiden Fußbretter durch Schrägstreifen x auf beiden Seiten gesichert. Die Streben können eingelassen werden; es genügt aber auch ein Aufschrauben.

Unsere Zimmermannsbank trägt an dem einen Ende ein festgemachtes Brettchen d mit einem spitzen Ausschnitt. Die Holzmaserung muß bei diesem Auflagebrettchen quer verlaufen. In dem Ausschnitt des Widerstands-brettchens schiebt man hochkantgestellte Bretter, bei denen man die Kanten behobeln will. Auch flach auf die Werkbank gelegte Bretter, die zu hobeln oder zu glätten sind, bekommen durch das Widerlager d eine sichere Lage. Man hobelt selbstverständlich stets in der Richtung zum Auflagebrett d hin.

Wer sich ein paar Schraubzwingen sich dazu noch anschafft, kann mit deren Hilfe jedes zu bearbeitende Werkstück an der Zimmermannsbank festschrauben. Die Höhe der Werkbank ist so gewählt (52 Zentimeter), daß man beim Zersägen von Brettern durch Druck des Knies sie festhalten kann.

Die als Abb. B dargestellte Schnitz- oder Schnipperbank findet man noch heute auf fast jedem Bauerngehöft. Die zu bearbeitenden Hölzer, seien es Stiele für Schippen und Besen, Hammerstiele oder Harkenstiele, Zaunpfähle oder Absteckhölzer, Leisten oder Bretter usw. legt man zwischen den Kopf k und das Auflagebrett b und klemmt sie mit dem Fuß f fest. Man sitzt dabei in Lage x, wo das Sitzbrett etwas schmaler gearbeitet ist, und drückt den Klemmschub k1 dabei nach vorn. Letzterer bewegt sich in der Achse. Zu diesem Zwecke hat das zirka 6 bis 8 Zentimeter starke Sitzbrett (Bohle) einen rechteckigen Ausschnitt. Ein Eisenbolzen führt dort quer durch Sitzbrett, Ausschnitt und Klemmschub.

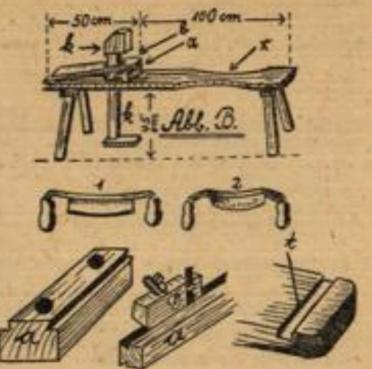
Das Sitzbrett hat eine Gesamtlänge von 150 Zentimetern. Es ruht auf vier Füßen, die zur besseren Standfestigkeit schräg nach außen gerichtet sind. Jedes Paar Füße ist in entsprechend großen Bohrlochern einer besonderen Gratleiste a eingeklinkt worden. Zur Herstellung des Grates benutzt man den Grabobel. Er hat eine schräge Sohle und ein ebenso geformtes Messer. Beim Anhobeln des Grates ist zu beachten, daß er sich nach einem Ende der Leiste beiderseits um je 2 Millimeter verjüngt.

Auf der Unterseite des Sitzbrettes ist ein entsprechender Ausschnitt herzustellen. Das Ausschneiden geschieht hier mit einer Grat- oder Feinsäge. Um eine sichere Führung der Säge

zu haben, legt man eine Hilfsleiste an das Sägeblatt heran. Nach dem Sägen bis zur vorher angezeichneten Tiefe t wird das dazwischenliegende Holz mit dem Stechbeil entfernt und der Boden am besten mit einem Grundhobel gebohrt. Mit Feile und Sandpapier kommt man aber auch zum Ziele.

Da die Gratleiste später sehr stramm im Ausschnitt sitzen soll, mache man den Ausschnitt zirka 1 bis 2 Millimeter schmaler. Man kann am Schluß immer noch von der Gratleiste a ein wenig fortnehmen. Die Füße sind in der Gratleiste verankert, gehen aber außerdem noch durch das Sitzbrett hindurch. Das Auflagebrett b ist durch einen 8 Zentimeter hohen Längsklotz schräg gestellt und fest angeschraubt worden. Es hat ebenfalls einen genügend weiten, rechteckigen Ausschnitt.

Es wäre ratsam, auch quer durch das Auflagebrett und den Klemmschub ein Bohrloch waagrecht zu legen, um gegebenenfalls die bolzenartige Achse von unten nach oben austauschen zu können. Man müßte dann aber



dem Auflagebrett b ebenfalls eine Stärke von 8 Zentimetern geben. Liegt z. B. die Achse oben, so ist der Druck des Kopfes auf das Schrägbrett größer.

Zum Verarbeiten der Werkstücke benötigt man die in der Abb. 1 und 2 bezeichneten Zugmasser. Die Schnitzbank eignet sich zu allen Arbeiten aus Naturholz.

Umschau in Karlsruhe

Polizeichefs fahren nach Amerika
 Karlsruhe (Iwb). Polizeihauptkommissar Horst von Haber aus Ettlingen, Polizeikommissar Josef Straub aus Durlach b. Karlsruhe und Polizeioberinspektor Georg Hack aus Stuttgart haben sich von Frankfurt aus nach den USA begeben. Sie werden dort an einem 90-tägigen Studienkurs über Polizeifragen teilnehmen.

Angebl. Taubstummer erschwindelt Spenden
 Karlsruhe (SWK). Vor dem angeblich taubstummen 36jährigen Heinz Nägeli wird ausdrücklich gewarnt. Bei ihm handelt es sich ganz offensichtlich um einen Betrüger, der in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik mit gefälschten Spendenlisten des Gehör- und Sprachgeschädigten-Verbandes in Frankfurt am Main als „Bevollmächtigter“ auftritt. In Württemberg gelang es ihm, mit Hilfe der Spendenliste unbefugterweise erhebliche Geldbeträge zu ergaunern. Es ist anzunehmen, daß er jetzt das Gebiet entlang des Oberrheins zwischen Karlsruhe und Freiburg „bearbeiten“ wird.

Aus der badischen Heimat

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken
 Bruchsal (SWK). Beim Schlittschuhlaufen im „Stierloch“ in der Nähe von Rheinaheim brachen zwei Brüder im Alter von sechs und elf Jahren ein. Bevor Hilfe geleistet werden konnte, gerieten die Kinder unter das Eis und konnten erst nach längerem Suchen als Leichen geborgen werden.

Jugendliche „Großleinbrecher“ verhaftet
 Pforzheim (Iwb). Zwei 16 und 17 Jahre alte Jugendliche, die in den letzten Monaten im Räume von Pforzheim zahlreiche Einbrüche verübt hatten, konnten jetzt in Pforzheim verhaftet werden. Der Wert der von den Jugendlichen geraubten Gegenstände wird auf mehrere tausend DM geschätzt.

Pessimist wählt den Tod
 Wertheim (SWK). In Oberzell (Franken) beging ein 53jähriger Waldarbeiter Selbstmord durch Erhängen. Der Mann hatte beide Weltkriege mitgemacht und bereits Wochen vor seinem freiwilligen Tod seiner Umgebung verschiedentlich erklärt, daß er einen dritten Krieg nicht mehr mitmachen möchte. „Lieber bringe ich mich selbst um, als noch einmal in einen Krieg zu ziehen, der unvermeidlich scheint...“ Er machte seine Drohung wahr.

Gräberfeld in Singen wird weiter ausgegraben
 Freiburg (Ibs). Die Ausgrabungen des vorgeschichtlichen Gräberfeldes in der Nordstadt von Singen a. H. werden im kommenden Frühjahr durch das Landesamt für Ur- und Frühgeschichte mit Unterstützung der Stadt Singen fortgesetzt werden. Im Frühjahr 1950 waren bei den Grabungen aufsehenerregende Funde in- und übereinandergreifender Friedhöfe der Kulturen zwischen Neolithikum und Hallstattzeit gemacht worden. Die in großer Menge gefundenen Tongefäße der Urnenbestattungen wurden mit eigenen Kräften des Landesamtes wieder zusammengefügt und ergänzt. Die Funde gehen als Leihgaben des Landes Baden an die Stadt Singen, die sie in ihrem künftigen Heimatmuseum aufstellen will.

Gegen eine Spaltung der südbadischen CDU
 Freiburg (Ibs/UP). Gegen den Versuch, die Konfessionen in der CDU zu trennen, wie es der südbadische Prälat Dr. Ernst Föhr auf einer Tagung der „Katholischen Aktion“ in Freiburg verlangt hatte, wandten sich der Vorsitzende der südbadischen CDU, Anton Dichtel, und der Vorsitzende der evangeli-

schen Teile in der südbadischen CDU, Hermann Schneider. Sie betonten, daß bei einer Zerstörung der CDU der Sozialismus und Liberalismus die lachenden Gewinner wären. Man wolle nicht zum Konfessionalismus zurückkehren und auch nicht zu den politischen Formen vor 1933, wie es die anderen Parteien getan hätten.

Verbrecher oder Verrückter?
 Basel (Ibs). Ein Messerstecher, der seit einigen Wochen nächtliche Jagd auf Mädchen machte, konnte in Basel nach umfangreichen Fahndungen unschädlich gemacht werden. Der Übeltäter, ein 18jähriger Bursche, wurde auf frischer Tat gefaßt, als er in der Nähe der elssässischen Grenze ein junges Mädchen mit dem Messer angriff. Bei seinen Überfällen folgte er mit dem Fahrrad jungen Radfahrerinnen und schloß ihnen beim Überholen mit einem Messer Mantel und Röcke auf. In ein-

gen Fällen versetzte er seinen Opfern auch Messerstiche. Bei seiner Verhaftung trug der Täter zwei lange Militärmesser bei sich. Der junge Mann wird jetzt auf seinen Geisteszustand untersucht.

Ausstellung schwäbischer Maler. Der Badische Kunstverein hat in Karlsruhe eine Ausstellung mit Werken von Willy Baumelster, Adolf Hölzel und Ida Kerkovius eröffnet. Die drei in Württemberg geborenen Künstler zeigen Aquarelle und Gemälde.

Professor Bothe 60 Jahre alt. Der Leiter des physikalischen Instituts der Max-Planck-Gesellschaft für physikalisch-medizinische Forschung in Heidelberg und Ordinarius für Physik an der Universität Heidelberg, Professor Dr. Walter Bothe, ist 60 Jahre alt geworden. Professor Bothe ist als Atomforscher international bekannt.

Maier mit der Regierungsbildung beauftragt

Voraussichtlich vier SPD- und zwei DVP-Minister

Stuttgart (Iwb). Die Verhandlungskommission der DVP und der SPD in Württemberg-Baden beschlossen nach rund zweistündiger Sitzung mit den Mitgliedern der Fraktionen der beiden Parteien, den gegenwärtigen geschäftsführenden Ministerpräsidenten Dr. Maier (DVP) mit der Bildung einer neuen Regierung in Württemberg-Baden zu beauftragen.

Dr. Maier wird noch vor der Donnerstagsitzung des Landtags mit den in Aussicht genommenen Mitgliedern seines neuen Kabinetts verhandeln, so daß in der Landtagsitzung auch sofort die neue Ministerliste bekanntgegeben werden kann. Die Fraktionen der DVP und der SPD besitzen zusammen 56 der insgesamt 100 Sitze im württemberg-badischen Landtag. Für die Wahl des Ministerpräsidenten sind 51 Stimmen notwendig.

Nach den Verabredungen zwischen der DVP und der SPD wird Dr. Maier (DVP) neben dem Posten des Ministerpräsidenten auch die Aufgaben des Justizministers übernehmen. Der gegenwärtige geschäftsführende Wirtschaftsminister Dr. Veit (SPD) soll wieder Wirtschaftsminister werden und zusätzlich den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten übernehmen. Der geschäftsführende Innenminister Ulrich (SPD) wird wieder das Innenministerium übernehmen. Der Posten des Landwirtschaftsministers ist für ein DVP-Mitglied vorgesehen, ebenso der Posten des Finanzministers. Das Kultusministerium und das Arbeitsministerium sollen mit SPD-Angehörigen besetzt werden. Die Namen der für diese vier Ministerien vorgesehenen Persönlichkeiten wurden noch nicht bekanntgegeben.

Landtag wählt den Staatsgerichtshof

Noch immer keine Entscheidung über Mandatsverteilung — Möller Staatsbeauftragter für den Fall Bürkle

Stuttgart (Iwb). Der württemberg-badische Landtag wählte in seiner ersten Sitzung im neuen Jahr die richterlichen und die nicht-richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes für die nächsten vier Jahre. Auf Grund des Gesetzes über den Staatsgerichtshof müssen die Mitglieder dieses Gerichtes nach jeder Landtagswahl neu gewählt werden. Der vom ersten württemberg-badischen Landtag seinerzeit gewählte Staatsgerichtshof kann in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nur noch über Fragen entscheiden, die bereits vor den Landtagswahlen am 19. November vorigen Jahres aufgetreten sind.

Auf Grund eines von Vertretern aller vier Fraktionen ausgearbeiteten Wahlvorschlages wurden in gehemter Abstimmung die drei richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes wie folgt gewählt: Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes Heidelberg, Walz, ordentlicher Professor an der Universität Heidelberg, Walter Jellinek und Amtsgerichtspräsident Meyer-Stuttgart. Zu nicht-richterlichen Mitgliedern bestimmte der Landtag Oberbürgermeister Heimerich-Mannheim, Gewerkschaftssekretär Erhard-Stuttgart und Rechtsanwalt Natter-Stuttgart, Dr. Magerl und K. Ilg.

Die Mitglieder des neugewählten Staatsgerichtshofes werden sich zunächst mit dem Ersuchen der Landesregierung über die Auslegung des Landtagswahlgesetzes und damit über die strittigen vier Mandate im würt-

berg-badischen Landtag zu entscheiden haben.

Der Landtag beschloß mit den Stimmen von SPD, DVP und DG/BHE, einen Antrag der CDU über die Mandatsverteilung auf Grund des Landtagswahlgesetzes von der Tagesordnung abzusetzen. In diesem Antrag verlangt die CDU, daß der Landtag die CDU-Kandidaten Schwan, Haag, Storz und den SPD-Abgeordneten Völler als ordentlich gewählte Abgeordnete anerkennen solle. Diese Kandidaten, die nach dem vorläufigen Entscheid des Landeswahlleiters kurz nach der Wahl als gewählt galten, konnten auf Grund des endgültigen Entscheides des Landeswahlausschusses über die Auslegung des Artikels 45 des Landtagswahlgesetzes kein Mandat erhalten. An ihrer Stelle sind die Abgeordneten Wild (DVP), Pachowsky (DG/BHE), Herrmann (DVP) und Erich Möller (DG/BHE) in den Landtag aufgenommen worden. Nach dem Beschluß des Landtags, den Antrag abzusetzen, erklärte Abgeordneter Wiedemaier, in den vergangenen vier Jahren sei der Landtag in keinem einzigen Fall derartig „vergewaltigt“ worden, wie mit diesem Beschluß.

Mißstände in der Verwaltung?
 Nach einem Zwischenfall, der zu einer einstündigen Unterbrechung der Sitzung führte, beschloß der Landtag schließlich ohne Abstimmung auf Antrag von 35 SPD-Abgeordneten, dem dazu erforderlichen Viertel der Mitglieder des Hauses, einen Untersuchungs-

ausschuß aus zehn Mitgliedern einzusetzen, der die Frage prüfen soll, ob sich im Zusammenhang mit dem Fall Bürkle Mißstände in der Staatsverwaltung ergeben haben.

Vor der Einsetzung des Untersuchungsausschusses erklärte der geschäftsführende Innenminister Ulrich, der Fall Bürkle werde in einem ordentlichen Strafverfahren geklärt werden. Die alte Direktion der Stuttgarter Spar- und Girokasse sei entlassen bzw. suspendiert worden. Mit der Abwicklung des Falles Bürkle sei eine völlig neue Direktion betraut. Auch die Leitung der Kreditabteilung sei neu besetzt worden. Schließlich habe man bei der Girokasse eine neue Abteilung für Kreditüberwachung gegründet. Außerdem habe das Innenministerium den früheren Leiter des Referats für Bank- und Kreditwesen beim Wirtschaftsministerium, Ministerialdirektor a. D. Dr. Möhler, als Staatsbeauftragten eingesetzt. Dr. Möhler solle vor allem prüfen, ob der Girokasse aus der Behandlung des Falles Bürkle Ersatzansprüche gegen die Mitglieder des Verwaltungsrates zustünden.

Zur Brotpreisfrage

Der geschäftsführende württemberg-badische Wirtschaftsminister Veit gab die Maßnahmen bekannt, die die Wirtschaftsverwaltung gegen die seit Montag in Mannheim eingetretenen Brotpreiserhöhungen ergreifen will. Dr. Veit wies darauf hin, daß die Preise für Brot mit Ausnahme des Konsumbrotes von der Bundesregierung seinerzeit freigegeben worden seien, und daß weder Bundes- noch Landesregierung rechtlich in der Lage seien, die Preise für Brot festzulegen. Um gegen die Verteuerungen vorzugehen, bleibe also nur die Preisüberwachung, die versucht werde, durch Rücksprache mit der Bäckereionnung den alten Preis wieder einzuführen. Außerdem sei ein Verfahren gegen deren Vorstand eingeleitet worden. Die Wirtschaftsverwaltung werde Strafverfahren gegen die Bäcker einleiten, die entgegen den Bestimmungen des Wirtschaftsministeriums kein preisgebundenes Konsumbrot zu 49 Pfennigen je Kilo feilhielten.

Der Fall Waghäusel

Landwirtschaftsminister Stöck gab vor dem Landtag in Beantwortung einer großen Anfrage der CDU-Fraktion bekannt, daß die Zuckerrübenfabrik Waghäusel in Nordbaden nicht abgebaut werde. In der großen Anfrage war die Regierung um Maßnahmen gegen den angeblich geplanten Abbau der Zuckerrübenfabrik Waghäusel gebeten worden. Es hieß, daß die Anlagen dieser Fabrik in der Zuckerrübenfabrik Ochsenfurt aufgestellt werden sollen, deren Bau geplant ist. Stöck betonte, die Südzucker-AG. habe ihm mitgeteilt, daß ein solcher Abbau nicht geplant sei.

Nach der Behandlung einiger weiterer Anträge, die den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden, vertagte sich der Landtag auf Donnerstag. In dieser Sitzung soll unter anderem die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen werden.

Um den Gmünder Oberbürgermeister

Stuttgart (Iwb). Die Zentralspruchkammer für Nordwürttemberg hat nunmehr das Verfahren gegen den Oberbürgermeister von Schwäbisch-Gmünd in den Jahren 1934 bis 1944, Franz Konrad, eingestellt. Die Oberbürgermeisterwahl in Gmünd im Jahre 1948, bei der 75 Prozent aller Wähler für Konrad gestimmt hatten, hatte in der gesamten Welt- und Presse erhebliches Aufsehen erregt. Verschiedene Vorfälle, die sich vor der Wahl ereignet hatten, veranlaßten die damalige Militärregierung, den Amtsantritt Konrads aufzuschieben. Nach einer genaueren Untersuchung untersagte der damalige Militärgouverneur Württemberg-Badens, Charles M. Lofollette, Konrad den Amtsantritt endgültig. Die Zentralspruchkammer stellte nunmehr fest, daß sich kein einziger der Anklagepunkte aufrechterhalten lasse.

DORIS EICKE

Copyright by Verlagsgesellschaft Central & Spörer

Denn alle Schuld rächt sich auf Erden

27. Fortsetzung

Schon am dritten Tag nach meiner Abreise war ich wieder im Brunnenbühl. Ich weiß nicht, warum Ingold Rösy noch nichts von unserer Abmachung gesagt hatte, wahrscheinlich weil er mein Kommen nicht so schnell erwartete. Als ich vom Bahnhof kam, sah ich die Brunnenbühler im Eichenmüttel beugen. Rösy war nicht unter ihnen. Da wußte ich, daß sie zu Hause einhütete, und daß ich sie allein antreffen würde. Bei dieser Feststellung, die meine kühnsten Hoffnungen übertraf, mußte ich mir Gewalt antun, um sitzsa, wie ein anständiger Mensch, weiterzugehen, am liebsten wäre ich geflohen.

Auf der ganzen Bahnfahrt hatte ich versucht, mir vorzustellen, wie Rösy meine Rückkehr aufnehmen würde. Obwohl sie mich mit Liebesbeweisen karg genug gehalten hatte, hoffte ich doch, daß ihre Freude über dieses Wiedersehen die Dämme ihrer bürgerlichen Ehrbarkeit durchbrechen und sie zum erstenmal in meine Arme führen würde. Aber ich hatte mich gründlich verrechnet.

Rösy erschrak zu Tode, als ich so plötzlich vor ihr stand. Sie schämte sich auch, weil sie mir in der Meinung, es sei unser letztes Wiedersehen, am Bahnhof ein einziges Mal ihr verborgenes Herz gezeigt hatte und begriff ahnungsvoll, daß ich zurückgekommen war, um von ihr das Recht unserer Liebe zu fordern. Sie war so fassungslos, daß sie mir nicht einmal die Hand gab, als wüchse die Gefahr mit einer direkten Berührung, mochte sie auch noch so harmlos sein. Als sie hörte, daß ich für längere Zeit im Brunnenbühl bleiben würde, wurde sie unnatürlich bleich.

Ich sah, wie sie die Hände rang und etwas flüsterte, es klang wie die Worte des Vater-

unners: „Dein Wille geschehe, im Himmel wie auf Erden.“ Erschüttert ließ ich sie allein.

Ich blieb den ganzen Sommer in Bundsch und malte viel. Rösy hatte ich ein Bild vom Brunnenbühl schenken wollen, aber sie gab es mir zurück und bat mich, es Ingold zu geben. Ich begriff, daß sie fürchtete, bei dieser Umgehung seiner gewichtigen Person sein Mißtrauen zu erwecken und tat widerwillig nach ihrem Rat.

Es wurde September, ohne daß Rösy und ich uns auch nur ein einziges Mal geküßt hatten. Obwohl wir nie darüber sprachen, wußten wir doch voneinander, daß wir uns liebten. Rösy war in diesem Sommer aufgeblüht wie eine Rose, die zum erstenmal der volle Strahl der Sonne trifft. Allzu lange hatte sie unbeschützt im Schatten gestanden und wußte kaum noch, wie jung und schön sie war. Mit rührender Dankbarkeit und Bescheidung wärmte sie sich wunschlos an meiner zur Stummheit verurteilten Liebe, für die sie in ihrem wirklichkeitsnahen Sinn keine Möglichkeit einer Erfüllung sah.

Ich selbst war weit von dieser Wunschlosigkeit entfernt, und so geschah mir das Gegenteil wie ihr: Ich wurde unsterblich von Schwermut überschattet, und meine Nerven waren zum Zerreißen gespannt. Tag für Tag mußte ich zusehen, wie Ingold das Letzte aus Rösy herauspreßte, wie er sie anschrte wegen jeder Kleinigkeit, und ihr Ansehen vor den Dienstboten minderte. Am schlimmsten aber waren die Nächte, wenn ich sie in seiner Gewalt wußte. Als ich es nicht mehr ertrug, fuhr ich nach Bern und sprach mit meinen Eltern.

Drei Tage kämpfte ich mit ihnen und ihrem überlebten Ständesdünkel, und ich verdankte ihre endliche, ungerne gegebene

Einwilligung nicht der Tatsache, daß ich ihnen noch nie einen ernststen Kummer bereitet hatte. Sie wußten, daß es außerhalb meiner Natur lag, so schwerwiegende Dinge leichtfertig zu behandeln. Als beste Lösung wurde schließlich gefunden, daß Rösy sich unverzüglich von Ingold trennen und bis zur durchgeführten Scheidung in unserem leerstehenden Stadthaus in Bern wohnen sollte.

Als ich mit diesen Nachrichten ins Brunnenbühl zurückkehrte, war ich bis zum Bersten erfüllt von tatenfroher Erwartung. Von mir aus war der Weg nun frei. Ich täuschte mich zwar keinen Augenblick darüber, daß es nicht leicht sein würde, einen so pflichttreuen Menschen wie Rösy dazu zu bringen, das ungeliebte Joch abzuwerfen, aber ich vertraute auf ihr natürliches Glücksverlangen und auf ihre Liebe zu mir.

Ein paar Tage vergingen, ohne daß ich sie allein sprechen konnte. Verschiedene Handwerker arbeiteten im Brunnenbühl an baulichen Veränderungen, und es waren noch ein halbes Dutzend mehr Aufpasser auf dem Hof als sonst. Die Ungeduld verzehrte mich fast, und ich brauchte alle meine Kraft, um an meiner anfänglichen Freude und Begierung unvermindert festzuhalten. Endlich hörte ich durch reinen Zufall, daß Rösy am Nachmittag, nach einem ausgiebigen Regen, in den Wald gehen und Eierschwämme suchen wollte, die Ingold mit Vorliebe aß. Auf Umwegen ging ich ohne ihr Wissen zum gleichen Ziel und hatte schon einen halben Rucksack voll Pilze gesammelt, als ich sie endlich auf den Waldrand zuschreiten sah.

Ich sehe sie noch heute herankommen, Meinert. Sie trug ein tief dunkelrotes Mieder und einen weiten, schwarzen Rock und hatte einen Korb am Arm. In der Hand hielt sie einige Margriten und zupfte sie aus. Blatt für Blatt, dabei lächelte sie entrückt vor sich hin. Als sie schon dicht bei mir war, fing sie an zu singen, es war ein trauriges Lied von Liebe und Verlassenwerden, aber sie sang es mit lächelndem Munde und fast wie im Unglauben, daß es so etwas geben könne. Sie sah mich erst, als ich plötzlich aus einem Gebüsch

hervortrat und sie in unwiderstehlichem Verlangen zum erstenmal in meine Arme schloß. Zuerst wehrte sie sich in halbem Erschrecken, schließlich aber erwiderte sie ein einziges Mal meinen Kuß und spürte ihre fast unbegreifliche dorfliche Angst vor einem geheimen Beobachter, die sie unfrei und berber machte, als sie für mich empfand. So ließ ich denn, um sie zu beruhigen, von ihr ab, glaubte ich doch in jenem Augenblick, daß sie bald ganz die Meine werden würde. Bevor ich mit ihr sprach, zeigte ich ihr die gesammelten Schwämme, ich konnte sie zu genau. Erst als sie sah, daß sie reichlichen ihren Korb zu füllen, nahm sie sich die Zeit, mit mir ein wenig tiefer in den Wald hineinanzuschlendern. Dabei erzählte ich ihr, warum ich nach Bern gefahren, und daß mit meines Eltern alles besprochen und erledigt sei. Es käme nun nur noch auf sie an, sich freizumachen, damit unserer Vereinigung nichts mehr im Wege stünde.

Als ich geendet hatte, stürzte sie wortlos in meine Arme und lachte und weinte in einem Atemzug. Während ich sie glücklich umfangen hielt, glaubte ich armer Tor mich am Ziel meiner Wünsche.

Von Werth stand auf und trat an das offene Fenster. Draußen plätscherte gleichmäßiger Regen herunter. In der Hundebütte blaffte eines der Tiere im Schlaf. Sonst herrschte überall friedliche Stille. Meinert zitterte vor Erregung in seinem Sessel. Er wandte kein Auge von dem Erzählenden.

Im Zurückkommen blieb von Werth einen Augenblick am Flügel stehen und spielte mit einer Hand eine Melodie voll Süße und Traurigkeit. Meinert konnte sie nicht.

„Nur wenige Minuten dauerte mein unaussprechliches Glück“, fuhr von Werth mit leiser, verschatteter Stimme fort, „dann erkannte ich die Ursache von Rösys Tränen. Nichts bemut das Gefühl einer wertvollen Frau so sehr wie die Sorge, der Mann, der sie liebt, könnte mit dem Tiefsten und Innigsten, das ihr Herz zu vergeben hat, nur spielen. Mein Vorschlag nahm alle Zweifel von ihr.“

Fortsetzung folgt

